

KONGRESSDIENST

Hamburg

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Sept. 1959
NUMMER 11



爆 禁 止 世 界 大 会 記 念



操禁止世界大会記念

Friedensmarsch in Hiroshima

Hinweise der Redaktion:

Die August-Nummer des Kongreßdienstes ist wegen Urlaubs ausgefallen. Dafür hat die September-Nr. 20 Seiten

Für die zahlreichen Überweisungen auf unser Postscheckkonto unseren herzlichsten Dank. Leider stehen noch immer einige Beiträge für 1959 offen. Wir bitten Sie recht freundlich — soweit noch nicht geschehen um Ihre Überweisung auf unser Postscheckkonto

Hamburg 2566 70

An dieser Stelle unseren besonderen Dank an die zahlreichen hochherzigen Spender der Beiträge für die Japan-Reise unserer Delegierten, Frau Dr. Rathjens, Hamburg. In dieser Nummer des Kongreß-Dienstes finden Sie einen ersten Beitrag über ihre Reiseerlebnisse.

Wir sind gerne bereit, Beiträge, Berichte und Mitteilungen aller Art, die sich mit der atomaren Aufrüstung beschäftigen, im „Kongreßdienst“ zu veröffentlichen. Zuschriften bitte an die Redaktion Hamburg 19, Eichenstraße 46.

Der Verständigungswille setzt sich durch

Der zweite Teil der Genfer Außenministerkonferenz wurde mit einer Vertagung beendet. Obwohl über die strittigen Fragen keine Verständigung erreicht werden konnte, ist das Gespräch nicht zu Ende.

☆

Die sensationelle Einladung des amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower an den Ministerpräsidenten Chruschtschow zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten brachte die Gegeneinladung zu einem Besuch des Präsidenten in die Sowjetunion. Ohne Zweifel ist das bevorstehende Gespräch der bedeutendsten Staatsmänner der Welt für die weitere Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung.

☆

Es läßt sich mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß noch in diesem Jahre eine Gipfelkonferenz stattfinden wird, um eine brauchbare Lösung der internationalen Streitigkeiten und Probleme zu finden.

☆

Von großer Bedeutung ist die Fortsetzung der Konferenz der Atomexperten in Genf. Über die internationale Kontrolle des atomaren Versuchsstopps besteht schon weitgehende Übereinstimmung. Erst in den letzten Tagen haben It. „Welt“ amerikanische Atomwissenschaftler noch einmal dringend auf die großen Gefahren der Versuche hingewiesen.

Die Verhandlungen auf höchster Ebene werden auch in dieser Frage einen weiteren Fortschritt bringen.

☆

Angesichts dieser großen Entwicklung ist es tief beschämend, daß die Bundesrepublik keinen Beitrag zur Entspannung liefert. Nach wie vor wird eigensinnig an der atomaren Aufrüstung festgehalten, obwohl dadurch eine Verständigung über die deutsche Frage unmöglich gemacht wird.

Noch schlimmer sind die ständigen Bemühungen, auch die sich abzeichnende internationale Verständigung zu verhindern, bzw. möglichst lange zu verzögern.

☆

Es ist tief bedauerlich, daß sich die Vernunft — die heute immer noch von der Mehrheit des deutschen Volkes vertreten wird — nicht gegenüber der Bundesregierung durchsetzen konnte. Das hat seinen Grund nicht wesentlich in der oft gehörten These von der „Wohlstandslithargie“ unseres Vol-

kes, sondern in der Unentschiedenheit und Zerrissenheit der Opposition. Statt alle in dieser Situation zweit-rangigen Fragen zurückzustellen, um eine grundsätzliche Wende zu erreichen, wird von einflussreichen Atomrüstungsgegnern den Einflüsterungen der Befürworter der Atomrüstung Raum gegeben. Das Ergebnis ist Mißtrauen und gegenseitige Verdächtigungen.

☆

Nur diese Situation erlaubt es der Bundesregierung, gegen den Willen der großen Mehrheit unserer Bürger ihre bisherige Politik fortzusetzen. Es bleibt kein anderer Weg, als immer wieder zu versuchen, alle oppositionellen Kräfte zu gemeinsamem Handeln zu vereinigen. Gelingt das, wird sich die öffentliche Meinung zu Gunsten der Opposition auswirken.

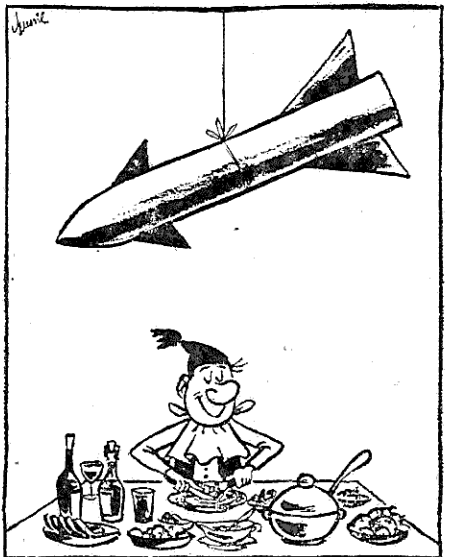
☆

Die Entwicklung auf internationaler Ebene ermutigt uns zu der Hoffnung, daß von hier ein wesentlicher Anstoß auch zur Änderung unserer deutschen Situation erfolgen wird. Das berechtigt uns aber nicht, den Geschehnissen untätig zuzusehen. Im Gegenteil, wir müssen unsere Anstrengungen erhöhen.

D. Red.

NS.

Wir wollen hoffen, daß den in den letzten Tagen durch den Bundeskanzler gesprochenen bzw. geschriebenen freundlichen Worten auch entsprechende Taten folgen.



Zeichnung Musil, aus Deutsche Volkszeitung

Eine furchtbare Bilanz

Am 1. September 1939 — genau vor 20 Jahren — begann der zweite Weltkrieg. 32 Millionen Soldaten mußten auf den Schlachtfeldern ihr Leben lassen. 20 Millionen Frauen, Kinder und Greise wurden im Hinterland zu Opfern des Bombenkrieges.

29 Millionen Menschen wurden verwundet.

45 Millionen Menschen wurden zwangsverschleppt.

26 Millionen Männer, Frauen und Kinder fielen der Barbarei in den Konzentrationslagern zum Opfer.

Nur 14 Jahre sind seit dem Ende dieses Mordens vergangen und schon wieder rüstet man zu einem unvorstellbar blutigerem Krieg, der nicht nur die Lebenden, sondern auch die noch Ungeborenen bedroht.

Im Jahre 1945 waren die Menschen aller Erdteile von einem Gedanken bewegt, der in der Losung: NIE WIEDER! zum Ausdruck kam.

Jeder muß dazu beitragen, damit diese Losung Wirklichkeit werde!

N I E W I E D E R !

Hiroshima mahnt zur Vernunft

Dr. Barbara Rathjens: Appell und Bericht aus Japan von der V. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben.

„Vielen, vielen Dank, daß Sie den weiten Weg aus Deutschland zu uns gekommen sind, daß Sie mit uns zusammenarbeiten wollen!“ Das waren die Begrüßungsworte des japanischen Freundes Seiei Shinohara bei unserer Ankunft auf dem internationalen Flugplatz in Tokio. Immer wieder wurde uns in der gleichen Herzlichkeit von japanischen und ausländischen Konferenzteilnehmern für unser Kommen und für unsere Mitarbeit an dem Gelingen der Konferenz gedankt. Aber nicht nur direkt Beteiligte fanden so freundliche Worte, sondern wer auch immer in Japan den Anlaß unserer Reise erfuhr, der horchte auf, verdoppelte seine Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft und wünschte der Weltkonferenz in Hiroshima den größten Erfolg.

Es wurde uns vom ersten Tage in Japan an deutlich, daß die japanischen Freunde (Japanischer Rat gegen A- und H-Bomben und andere Friedensorganisationen) den allergrößten Wert auf die Teilnahme deutscher Delegierter gelegt hatten, denn beide Völker — im Kriege alliiert — hatten ja dasselbe Nachkriegsschicksal, stehen vor ähnlichen politischen Entscheidungen und versuchen, sich mit ganzer Kraft für die friedliche Lösung aller Konflikte einzusetzen. Die Japaner waren lange Zeit von der Besorgnis erfüllt, in ihrem Kampf für nukleare Abrüstung alleine zu stehen, als „colored people“ von der Bevölkerung des „goldenen Westens“ nicht ganz ernst genommen zu werden. In diesem Hinblick gewann die Anwesenheit so zahlreicher ausländischer Freunde, besonders der Amerikaner und Westeuropäer, eine ganz besondere Bedeutung. Überall, wo Ausländer in öffentlichen Versammlungen sprachen, wurden sie mit besonderer Aufmerksamkeit, ja Herzlichkeit begrüßt und mit Gastgeschenken, Blumen und Andenken aus Japan überschüttet. Solcher Ausdruck von Freundschaft und Zuneigung beeindruckte uns tief, ja mußte uns fast beschämen.

Ich bin als Delegierte des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ nach Japan gereist und möchte an dieser Stelle den Mitarbeitern und Freunden der Bewegung für ihre Spenden danken, die mir erst diese Reise ermöglicht haben. Zusammen mit Herrn Hans Krahn (Kampf dem Atomtod, Rüsselsheim) und Herrn Peter Meier (Aktionsgemeinschaft, Düsseldorf) war unsere westdeutsche Delegation ebenso stark wie die aus der DDR, und trotz ideologischer Differenzen und zunehmender politischer Spannungen waren beide Delegationen sich in der Sache des Friedens und der Abrüstung einig.

Die V. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Hiroshima begann mit der sogenannten Vorkonferenz vom 1. bis 3. August, an der 91 ausländische Delegierte und etwa die gleiche Anzahl japanischer Delegierter teilnahm. In ihr wurde die eigentliche Arbeit geleistet. Das Redaktions-Komitee sowohl wie das Organisations-

Von Hiroshima aus, wo hunderttausende von Atomopfern begraben liegen und wo 14 Jahre nach dem Bombenabwurf noch heute die körperlichen und seelischen Folgen an den Überlebenden wahrnehmbar sind, wenden wir uns an die Regierungen und Völker der ganzen Welt.

Die Stadt Hiroshima wurde durch eine einzige Atombombe zerstört. Heute gibt es Atombomben, die tausendmal so wirkungsvoll sind wie die „Hiroshima-Bombe“. In den Arsenalen der Atommächte lagern viele tausend dieser entsetzlichen Waffen, mehr als genug, um unsere Zivilisation völlig zu zerstören. Die ganze Welt lebt heute in der Angst vor atomarer Vernichtung.

Es gilt heute die Entscheidung zwischen zwei Möglichkeiten.

Auf der einen Seite: Selbstzerstörung, ja Selbstmord der Welt durch Ausdehnung nuklearer Bewaffnung auf mehr Nationen und zuletzt den unvermeidlichen Ausbruch eines alles verwüstenden Atomkrieges.

Auf der anderen Seite: der Weg der Vernunft. Lösung aller Streitfragen unter den Völkern durch internationale Abkommen und internationales Gesetz, das allen Völkern und Ländern gleichmäßig gerecht wird. Kontrolle der Atomwaffen. Abschaffung des Krieges. Die Energiequellen auf der Erde dürfen nicht mehr der Aufrüstung dienen, sondern müssen zum Wohle aller, zum Auslöschen von Hunger und Elend allen Menschen nutzbar gemacht werden, insbesondere auch die Atomenergie.

Wir rufen die Völker der Erde und ihre Regierungen zum Handeln auf, alles zu tun, um die Kriegsgefahr abzuwenden. Wir bitten die Nationen, die noch keine Atomwaffen besitzen, eine eindeutige Erklärung abzugeben, daß sie keine Atombomben-Versuche unternehmen, keine Atomwaffen selbst herstellen und in ihrem Gebiet keine Atomwaffen-Lagerung zulassen.

Wir bitten die Nationen, die bereits im Besitz von Atomwaffen sind, dringlich, diese wieder zu vernichten oder sie nach internationalem Abkommen unter Kontrolle zu bringen, um damit den Ausbruch eines versehentlichen oder beabsichtigten Atomkrieges zu vermeiden.

Wir fordern internationale Verhandlungen zur Verminderung der Kriegsgefahr.

Von höchster Bedeutung erscheinen uns Verhandlungen über die Bildung entmilitarisierter Zonen, wie sie im Rapacki-Plan und anderen modifizierten Plänen vorgesehen sind, sowie die Abschaffung von Militär-Stützpunkten auf fremdem Boden. Ein internationales Abkommen über die dauernde Neutralisierung Ost- und Westdeutschlands und seiner anliegenden Länder würde ganz besonders zum Weltfrieden beitragen. Das Gleiche gilt für Japan und seine angrenzenden Länder. Abänderungen gegenwärtig bestehender Verträge oder Militär-Allianzen, die dazu führen, daß atomar auferüstete Länder sich entscheidend einmischen oder gar diese erstrebenswerte Demilitarisierung in Mitteleuropa verhindern, dürfen nicht zugelassen werden.

Die Beauftragten der drei Atommächte in Genf sind dabei, ein fehlerfrei funktionierendes internationales System über den Versuchsstop nuklearer Waffen auszuarbeiten und wir wünschen inständig, daß diese bedeutungsvolle Zusammenarbeit der Unterhändler in kurzer Zeit zum Abschluß kommt. Wir appellieren an die Bevölkerung aller Länder, sie in ihrem schweren Unternehmen zu ermutigen und hoffen, daß später alle Nationen das unter allergrößter Sorgfalt erarbeitete Abkommen unterzeichnen werden.

Wir bitten die führenden Staatsmänner, in persönlichem Zusammentreffen die Weltprobleme sorgfältig gemeinsam zu diskutieren und eine Verständigung zu finden.

Im Namen der Menschlichkeit und des Allgemeinwohls wünschen wir, daß alle Menschen, alle Organisationen und alle Regierungen diesen Appell aus Hiroshima unterstützen und verbreiten. Das Schicksal des Menschen liegt jetzt in seiner eigenen Hand. Wir fordern alle Männer und Frauen auf, mit uns zusammen den entscheidenden Kampf gegen „Krieg“ zusammen zu führen. Krieg würde keinem Land und keinem Volk irgend einen Nutzen bringen, sondern wäre unheilbringend und Untergang für jeden.

Laßt uns alle gemeinsam den Weg des Friedens, der Vernunft und der Ehrfurcht vor dem Leben beschreiten, hoffen wir auf die gerechte und moralisch begründete, friedliche Lösung der Streitfragen unter den Völkern, die Fortführung internationaler Verständigungen durch Verhandlungen und auf ein wirksames internationales Recht.

(Aus dem Englischen frei übersetzt.)

(Der Hiroshima-Appell wurde am 7.8.1959 auf der V. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Hiroshima von japanischen und ausländischen Delegierten als Beschluß einstimmig angenommen. Die Red.)

Komitee, in dem Japaner und Ausländer in gleicher Anzahl vertreten waren und dem auch ich angehörte, erarbeitete und diskutierte die Beschlüsse und Empfehlungen der Konferenz oft bis in die frühen Morgenstunden hindurch. Schon am ersten Tag erhitzten sich die Gemüter, denn in den 13 Begrüßungsansprachen zur Vorkonferenz von Delegierten aus West-, Mittel- und Ost-Europa, aus der Sowjetunion und den USA, Australien und Afrika versuchte so mancher, die politischen Probleme des eigenen Landes in den Vordergrund zu manövrieren. Um einige Beispiele kurz aufzuführen: Es ging um die Revision des japanischen Sicherheitsvertrages, die Abtrennung Okinawas vom japanischen Mutterland und seine nukleare Aufrüstung durch die USA, die Rückführung der Koreaner aus Japan, die Teilung Koreas wie die Teilung Deutschlands und die Aufrüstung in Südkorea und Westdeutschland, die Algerienfrage und die „europäische Atombombe“, die Frankreich in der Sahara ausprobieren will, die baldige atomare Bewaffnung Italiens und Schwedens sowie die mögliche Herstellung von Atombomben in China.

Es trafen sich in Hiroshima die Vertreter von 27 Nationen und 9 internationalen Organisationen, und es kann daher nicht verwundern, daß politische Divergenzen und ideologische Meinungsverschiedenheiten gelegentlich temperamentvoll zum Ausdruck gebracht wurden. Ungeheuer erschwerend wirkten sich aber Übersetzungsschwierigkeiten und sprachliche Mißverständnisse aus, die selbst bei der in kleinerem Kreise üblichen japanisch-englischen Verhandlungssprache nicht ganz vermeidbar waren. Bei surrenden Ventilatoren, Eiskaffee und belegten Broten im Wechsel mit grünem Tee und „Tempura“ — die Temperatur sank nie unter 35 Grad C bei

Bungen die Meinung dieser Minorität besonders zum Ausdruck gebracht wurde. Es wurde allgemein als sehr bedauerlich empfunden, daß vier europäische Delegierte (Hon. Wayland Young, Mr. Arthur Goss, Herr Rolf Schroers und Fräulein Carola Stern) die Konferenz vorzeitig und für viele unmotiviert verließen. Mr. Goss und Herr Schroers waren als Vertreter englischer bzw. westeuropäischer Organisationen gegen nukleare Aufrüstung nach Hiroshima gekommen, während die beiden anderen als „individual and observer“ in der Kongreßliste aufgeführt sind. Es hat alle ausländischen

möglichen Selbstvernichtung unserer Zivilisation zur Vernunft und zur Verständigung unter den Völkern mahnen. Seit 1955 werden in Hiroshima alljährlich internationale Friedenskonferenzen durchgeführt, die der Intensivierung der gemeinsamen Arbeit aller Einzelbewegungen gegen den Atomtod dienen. Jedes Jahr fanden sich zahlreiche ausländische Delegationen ein, jedes Jahr hatten sie gehofft, das letztmal nach Japan reisen zu müssen und jedes Jahr wurde es statt dessen notwendiger, den Staatsmännern die Stimme der Völker und ihren Wunsch nach Frieden und nuklearer



Von l. nach r.: Jean Paul Vigier, Schaeffer, Frankreich, Hans Krahn, Dr. B. Rathjens, Carola Stern, Peter Meier, Bundesrepublik Deutschland.

Delegierten, aber ganz besonders die japanischen Gastgeber außerordentlich schockiert, daß diese vier Westeuropäer die Konferenz verließen, anstatt ihre spezielle politische Sicht in Einzelfragen zugunsten des gemein-

Abrüstung eindringlicher zu Gehör zu bringen. Während frühere Konferenzen sich mit der gefühlsmäßigen Ablehnung der Atombombe und dem moralischen „Nein“ begnügen konnten, so mußte die Verschärfung des kalten Krieges unbedingt dazu führen, daß die V. Weltkonferenz in Hiroshima zu positiven Forderungen nach politisch realisierbaren Lösungen der Konflikte aufrief. Dadurch bekam die diesjährige Konferenz ein stärker politisches Gesicht als die vorjährigen.

Den Abschluß der vorbereitenden Konferenz bildete das Eintreffen des großen Friedensmarsches in Hiroshima am 4. August. Seit dem 10. Juni waren aus allen Teilen Japans Menschen in 3 verschiedenen Marschsäulen insgesamt 40 000 Meilen in Richtung auf Hiroshima gepilgert; rund 10 Millionen Japaner hatten an dem Pilgerzug teilgenommen, und wenn es auch bei manchen nur eine kurze Strecke sein konnte, so erschien es ihnen doch selbstverständlich, den Zug wenigstens ein Stück des Weges zu begleiten. Die ausländischen Delegierten schlossen sich an der Stadtgrenze von Hiroshima jeweils einer der 3 Marschsäulen an und zogen zusammen mit den japanischen Freunden durch die Stadt bis zum „Peace Memorial Park“. Die Anteilnahme und der Jubel der Bevölkerung waren unbeschreiblich, immer wieder brauste Beifallsklatschen auf und sprangen die Zuschauer zwischen die Reihen des bunt zusammengewürfelten Zuges, um uns die Hände zu schütteln und zu danken. Begeisterte Zurufe erteten die Delegierten der USA und UdSSR, die im Zuge einträchtig nebeneinander schritten. Sonnenhüte und Fächer wurden ver-



Friedensmarsch in Hiroshima

fast gesättigter Luftfeuchtigkeit — wurden die vorliegenden Beschlüsse unter allen möglichen Gesichtspunkten diskutiert und schließlich in eine Form verarbeitet, die für alle Teilnehmer der Konferenz annehmbar war. Wenn ich sage: für alle annehmbar, so muß ich mich korrigieren. Es gab vom 1. Tage ab eine Minorität, die nach Abschluß der vorbereitenden Konferenz abreiste, obwohl nach demokratischen Grundsätzen in allen Entschlie-

samen Strebens nach realisierbaren Lösungen in dieser Schicksalsfrage der Menschheit auszuklammern. Bis zum 5. August 1945 war Hiroshima eine Hafenstadt in Japan unter vielen, deren Namen nur wenigen Ausländern bekannt war. Am 6. August 1945, um 8.16 Uhr, wurde die ganze Stadt durch eine einzige Bombe zerstört. Seit diesem verhängnisvollen Tage ist Hiroshima für alle diejenigen zu einem Symbol geworden, die im Zeitalter der

schenkt, Papierschlangen aus den Fenstern geworfen. Schweißgebadet, aber tief beglückt erreichten wir unser Ziel. Im „Peace Memorial Park“ hatten sich inzwischen etwa 35 000 Menschen eingefunden, um bei der eindrucksvollen Begrüßungskundgebung zugegen zu sein. Von den zahlreichen Ansprachen sei die des Oberbürgermeisters von Dortmund, Dietrich Keuning, besonders hervorgehoben, der als Gast des Bürgermeisters von Hiroshima am gleichen Tage eingetroffen war. Sein Bericht über den Widerstand der Dortmunder Bevölkerung gegen die Errichtung von Raketenbasen in Brackel und seine Aufforderung an die japanische Bevölkerung, in derselben Weise aktiv zu werden, wurden minutenlang beklatscht. Aus der Vielzahl der Begrüßungstelegramme aus aller Welt wurden einzelne verlesen (z. B. von Mrs. E. Roosevelt, Ministerpräsident Chruschtschow, Bertrand Russell u. a.) Als einige faschistische Gruppen in grauen Uniformen die Kungebung im Park mit ihren Lautsprecherwagen zu stören versuchten, begann die Versammlung spontan das Lied zu singen, das in Japan immer mehr den Charakter eines Volksliedes annimmt und das in den folgenden Kehrreim ausklingt: „Darum ihr Völker der Welt, paßt auf und habt acht, daß die dritte Atombombe niemals fällt“. Immer mehr Menschen fielen ein in die Melodie, bis es aus vielen tausend Kehlen wie ein mächtiger Orgelton dahinbrauste.

Tief bewegend für uns Ausländer war die morgenliche Gedenkfeier am 6. August, auf die Stunde genau vierzehn Jahre nach dem folgenschweren Bombenabwurf auf die Stadt Hiroshima. Um 8.16 Uhr gedachten wir in einer langen Schweigeminute aller toten und überlebenden Opfer der Katastrophe. Unter den Klängen des Trauermarsches von Chopin wurden Blumen und Kränze an der Gedenkstätte niedergelegt, und ein Gedenkstein für die im letzten Jahr an den Folgen der Atombombe Verstorbenen — es waren 138 — wurde zu den früher errichteten gereiht.

Am Abend des gleichen Tages fand das berühmte Laternenfest statt, eine buddhistische Ceromonie zum Gedächtnis der Toten. Hinterbliebene aus Hiroshima beschrieben Papierlaternen mit den Namen derjenigen, die am 6. August 1945 ihr Leben lassen mußten; andere setzten diese Laternen in Brand und ließen sie auf dem langsam dahinfließenden Wasser des Hon-Kawa-Flusses schwimmen, in dessen Fluten vor 14 Jahren viele tausend Menschen ertrunken waren. Die Feierlichkeit und tiefe Symbolik des Laternenfestes hat bei uns allen den größten Eindruck hinterlassen.

Die Hauptkonferenz, an der alle ausländischen Delegierten und etwa 10 000 japanische Delegierte teilnahmen, konnte nur bewältigt werden, indem in 17 Einzelversammlungen Berichterstatter die Ergebnisse der Vorkonferenz, die Beschlüsse und Empfehlungen, ihren japanischen Freunden unterbreiteten. Auch in diesen Einzelgruppen wurde sehr lebhaft diskutiert und debattiert, aber trotz aller Meinungsverschiedenheiten konnte im Interesse aller ein befriedigendes Resultat erzielt werden. Immer wieder wurde auch hier das Problem der Revision des japanischen Sicherheitsvertrages



Von l. n. r.: Schaefer, Paris, jap. Dolmetscher D. B. Rathjens, Dr. J. Kuba, Prag angeschnitten und die daraus möglicherweise resultierenden Folgen in Paralle zu Westdeutschland gezogen. Oft prallten die Meinungen hart aufeinander, und es gab heiße Köpfe, aber schließlich konnte der sog. Hiroshima-Appell, der auf Anregung von Prof. L. Pauling ausgearbeitet worden war, in der vorliegenden Form von allen Teilnehmern der Konferenz angenommen werden. Vielleicht verließen nicht alle Delegierten den Kongreß mit dem Gefühl, das erreicht zu haben, was ihnen eigentlich vorgeschwebt hatte. Mancher hatte wohl auf viel konkretere Aussagen und Forderungen gehofft. Aber gerade der Verzicht auf Einzelerklärungen politischer Natur und die Beschränkung auf realisierbare, übergeordnete Forderungen in der offiziellen Erklärung der Konferenz, gaben ihr das Gepräge. Möge sie beispielhaft und befruchtend auf alle diejenigen wirken, die trotz unterschiedlicher politischer Herkunft für die Erhaltung des Friedens ehrlich und einmütig zusammenarbeiten wollen.

„Darum ihr Völker der Welt, paßt auf und habt acht, daß die dritte Atombombe niemals fällt!“

在界最初の原爆が私達の住む広島に投下されて早や十五年の月日が流れ、広島は、我々の想像に比しより早く復興に乗り出した。しかしそれは外から見た広島であり、この外を見て広島を判断するのは早計です。戦後十五年の色々の方法によって原爆の恐ろけが世界の人々に示されています。しかし下り、これらのどれ程の影響と与えられたかとみる時に、私達自身は被爆者を持つ者としては、その結果は余りにも悲しい結果に終わっているのが現状です。現に互いの利己心によって世界のある口で原爆より大きな威力を持つと云われている水爆の実験と絶固なく行っています。これらの恐ろしい行爲をなす人々、この広島に於て毎日どれ程の罪のない人々が苦しんでいるかと知らないのです。吾々も知っていても自己の利益のために知らない振りをしていっているかも知れません。私達広島市民の苦しみか如何なるものであるかの一端として、原爆の恐ろしい故に、僅か20本の青平が命と絶つたという新聞エッセイを同封します。親愛なドイツ学生の皆様、これとを讀みになつて少しでも原爆の恐ろしさを知って下さい。そして原水爆禁止に尽いて下さる事を願うと共に祈つて参ります。

広島女学院大学 平和問題研究部

Liebe deutsche Komilitonen!
14 Jahre sind vergangen, seit die erste A-Bombe auf unsere Stadt Hiroshima abgeworfen wurde. Die Stadt Hiroshima ist zwar schneller als erwartet wiederhergestellt. Man kann jedoch nicht nur vom äußeren Ansehen das heutige Hiroshima beurteilen. Während der 14 Jahre hat man auf verschiedene Weise der Welt mitgeteilt, wie furchtbar die Folgen der Atombombe sind. Die Ergebnisse dieser Bestrebungen waren aber leider zu gering, um die Erwartungen von uns, deren Verwandten der Atombombe zum Opfer gefallen sind, zu erfüllen; denn noch heute werden die Kernwaffenversuche, sogar die der

Wasserstoffbomben, die eine unvergleichbar größere Kraft als die Atombombe haben, durch die Weltmächte fortgesetzt. Die Menschen, die die Versuche durchführen, wissen nicht, wie viele unschuldige Menschen in Hiroshima noch heute jeden Tag schweres Leiden zu ertragen haben. Oder geben sie sich den Anschein, als ob sie davon nichts wüßten, während sie wirklich gut darüber unterrichtet sind?
Forschungsgruppe für die Probleme des Friedens
an der Mädchen-Universität
Hiroshima
(Hiroshima Jogakuin Daigaku)

Peter Meier, cand. theol.

Japan und Deutschland - Gemeinsame Erfahrungen

Ansprache auf dem Kongreß gegen A- und H-Bomben

Sehr verehrte, liebe Freunde!

Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen der Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland sehr herzlich dafür zu danken, daß Sie uns zu dieser Konferenz eingeladen haben. Wir sind sehr glücklich darüber, daß wir an ihr teilnehmen und hier unseren Beitrag leisten können zum gemeinsamen Streben, die Welt von der furchtbaren Geißel zu befreien, die über uns allen schwebt: von der Drohung eines Atomkrieges.

Das japanische Volk und das deutsche Volk haben trotz der Verschiedenheit ihrer Kultur und trotz der riesigen Entfernung, die zwischen ihnen liegt, manche geschichtliche Gemeinsamkeit. Beide Völker haben in dem letzten Krieg auf derselben Seite gekämpft, beide Völker haben das Grauen der Bombenangriffe auf friedliche Wohnviertel kennengelernt. Beide Völker haben gespürt, daß ein Krieg das Schrecklichste ist, was es gibt — beide Völker haben begriffen, daß ein dritter Weltkrieg, der noch furchtbarer sein würde als die beiden bisherigen, nicht mehr sein darf.

Sowohl in Japan als auch in Deutschland gibt es eine breite Bewegung, die für die Abschaffung der nuklearen Massenvernichtungsmittel kämpft. Wenn unsere deutsche Bewegung noch nicht die umfassende Breite erreicht hat wie Ihre hier in Japan, dann müssen Sie uns zugute halten, daß wir im Gegensatz zu Ihnen bisher von der leidvollen Erfahrung, was ein Atombombenabwurf bedeutet, verschont geblieben sind.

Aber dennoch haben bei uns sehr viele Menschen begriffen, daß es sich bei der Frage der Abschaffung der Kernwaffen nicht um ein politisches Problem handelt, daß man so oder so entscheiden könne, sondern daß hierbei die Frage nach dem Sein oder Nichtsein der gesamten Menschheit gestellt wird.

Immer mehr Menschen haben es bei uns eingesehen, daß sie sich mit ihrer Forderung: „Schluß damit“ zu Gehör bringen müssen. Sehr verehrte, liebe Freunde — auch in Deutschland wächst die Erkenntnis immer mehr:

Wer schweigt, macht sich mitschuldig!

Dabei hat unsere Bewegung gegen die Atomrüstung nun im Laufe der Zeit eine ganz bestimmte Wandlung durchgemacht. War sie zunächst nur der oft stark vom Gefühl betonte Wunsch, diese schrecklichen Dinge aus der Welt schaffen zu können, so ist sie mehr und mehr zu einer politischen Bewegung geworden. Wir haben sehr bald eingesehen, daß wir mit bloßen Erklärungen und Wünschen nichts gegen diese Geißel der Menschheit tun können, sondern daß hier eine Lösung nur dann von Effekt sein kann, wenn sie eine politische Lösung ist. Unsere Aufgabe als Nicht-Politiker ist es dabei, die Meinung der Völker, die den Krieg hassen gelernt haben, den Staatsmännern in unüberhörbarer

Weise immer und immer wieder zu sagen.

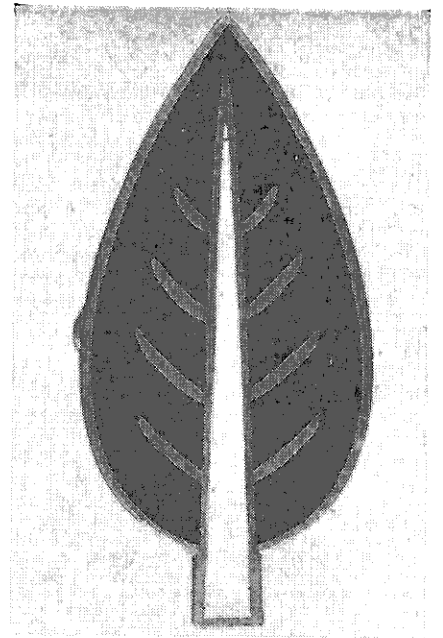
Lassen Sie uns also, verehrte und liebe Freunde, nicht müde werden, unsere Forderungen nach dem Ende der Atomwaffen-Tests, nach einer Rückgängigmachung der westdeutschen Atomaufrüstung, nach einer kernwaffenfreien Zone in Europa als einem Anfang des Auseinanderrückens der Machtblöcke immer und immer wieder zu erheben.

Wenn es auch oft den Anschein hat, als kümmerten sich die Staatsmänner der großen Nationen nicht um die Stimmen der Völker — lassen Sie sich nicht dadurch entmutigen. Wir haben im Deutschen ein Sprichwort, das sagt, daß „steter Tropfen auch den Stein aushöhlt“, wie viel mehr Kraft hat demgegenüber aber noch die Stimme aller Völker, die sich immer wieder auf ihre gemeinsame Forderung besinnen und sie immer wieder energisch und dringend den Politikern auf den Tisch legen.

Sehen Sie, und deshalb sind wir so außerordentlich froh, daß sich der japanische Rat gegen Atom- und Wasserstoffbomben Jahr für Jahr die ungeheure Mühe macht — wer von Ihnen schon einmal eine nationale Konferenz mit vorbereitet hat, wird wissen, was die Vorbereitung einer solchen Weltkonferenz an Arbeit und Mühe bedeutet —, diese Konferenz durchzuführen. Wir haben unsere Aufgabe verfehlt, wenn wir uns nur Reden anhören und dann wieder nach Hause fahren, als sei damit der Zweck unserer Reise nach Hiroshima erreicht. Unser Hiersein hat nur dann einen Zweck, wenn wir es ausnutzen als eine Gelegenheit, jenen Willen der Völker laut und vernehmlich zum Ausdruck zu bringen, jene Forderung nach greifbaren politischen Lösungen, die zu einer Entspannung der Weltlage führen.

Das können wir einerseits tun durch unsere Resolutionen, die jene Forderung unmißverständlich in sich tragen müssen, als andererseits auch dadurch, daß wir nach unserer Rückkehr in unsere Heimatländer davon berichten, daß unsere nationalen Bewegungen nicht allein stehen, sondern nur Teile einer die ganze Menschheit umfassenden Bewegung sind, die in ihrer Gesamtheit schon so laut geworden ist, daß sie nicht überhört werden kann. Erlauben Sie mir, verehrte und liebe Freunde, daß ich Ihnen in diesem Sinne sehr herzlich Grüße der westdeutschen Bewegung gegen Atomrüstung sage — sowohl im Namen des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“, der unsere Delegation zusammengestellt hat, als auch im Namen der einzelnen Organisationen, die sich an dieser Delegation beteiligt oder sie doch wenigstens unterstützt und begrüßt haben.

Möge unserer gemeinsamen Arbeit viel Erfolg beschert sein.



Wer im vergangenen Jahr die beiden Japanerinnen kennenlernte, die auf einer ganzen Reihe von Veranstaltungen gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik sprachen, hat vielleicht schon Bekanntschaft gemacht mit dem kleinen, farbigen Emaille-Blatt, das das Abzeichen des japanischen Rates gegen A- und H-Bomben ist. Dieses Blatt ist für die Japaner nicht nur das Symbol des Lebens und des Lebenwollens, das den Atomtod besiegt, sowie der langsam aus einem Pflänzchen zu einem Baum wachsenden weltweiten Bewegung gegen die nukleare Rüstung, sondern es hat zugleich noch eine besondere Geschichte. Nach dem Bombenabwurf von Hiroshima befürchtete man ja zunächst, daß die einmal radioaktiv verseuchte Erde nie wieder würde Leben tragen können. Dennoch säten einige Überlebende der Katastrophe in dem Hof des großen Hospitals von Hiroshima Samen auf ein Beet, und jeden Morgen schleppten sich jetzt die Kranken dorthin — immer in der Hoffnung, es könne doch noch eines Tages wenigstens das eine oder andere Samenkorn aufgehen. Nach den Ansichten der Botaniker war diese Hoffnung schon längst am Nullpunkt angekommen — da begannen sich eines Tages doch die ersten grünen Spitzen zu zeigen, jubelnd und glücklich begrüßt von den Kranken. Diese Geschichte machte im Handumdrehen die Runde in ganz Japan, und in Erinnerung daran wählte der japanische Rat gegen A und H-Bomben das kleine Blatt zu seinem Abzeichen.

Der japanische Rat hat sich nun freundlicherweise damit einverstanden erklärt, daß auch die deutschen Gegner der atomaren Aufrüstung dieses Abzeichen tragen und zu ihrem eigenen machen. Wir sind dem japanischen Rat für dieses Entgegenkommen sehr dankbar und haben den Vertrieb dieses Abzeichens gerne übernommen. Sie können es zum Selbstkostenpreis von DM 0,50 pro Stück durch die Geschäftsstelle des „Ständigen Kongresses“ erhalten. Wir bitten Sie herzlich, dieses Abzeichen nicht nur zu bestellen, sondern auch zu tragen und es darüber hinaus auch allen ihren Freunden als äußerlich sichtbaren Ausdruck dessen zu empfehlen, was wir alle gemeinsam erstreben: den Triumph des Lebens über den Massenvernichtungswillen.

pm

Volksbewegung gegen Atombomben in Norwegen

von Werner Hansen

Es gibt nicht wenige hervorragende Persönlichkeiten in unserer Zeit, die der festen Ansicht sind, daß das norwegische Volk wie kein anderes ein tiefwurzelndes und ursprüngliches Gerechtigkeitsempfinden besitzt. Tatsächlich wird im Land der Fjorde jede Gewaltmaßnahme auf der Welt, jede Unterdrückung des freien Willens der Völker mit einer Leidenschaftlichkeit verurteilt, die selbst in den Nachbarstaaten manchmal Verwunderung auslöst. Die alljährliche Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo bedeutet auch heute noch ein Ereignis, das alle anderen Geschehnisse in den Schatten stellt. Albert Schweitzer bekannte, daß er gerade in Norwegen auf eine ungeahnte Welle der Sympathie und des Verständnisses gestoßen sei. Eine der Wurzeln für die Friedensliebe des norwegischen Volkes muß man darin erblicken, daß die Menschen dieses Landes die Grausamkeit des Krieges und der Gewalt unter den bitteren Jahren der deutschen Okkupation kennengelernt haben. Die ungezählten Opfer dieser Jahre sind eine ständige Verpflichtung für die, die auf das heutige Geschehen einen Einfluß ausüben können.

Schon bald nach dem Krieg bildete sich eine Unzahl von Verbänden, Vereinigungen und Ausschüssen, die in ihren Satzungen für politische Vernunft, Entspannung und Neutralität eintraten. Nach der immer deutlicher werdenden Kluft zwischen den Ländern des Ostens und des Westens, nach der Bedrohung der gesamten Menschheit durch die modernen Vernichtungswaffen verstärkte sich diese Entwicklung. Heute gibt es im ganzen Land der 3,7 Millionen Norweger über dreißig Friedensorganisationen, die den Kampf gegen die Gewalt und Unmenschlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben. Die Gewerkschaft mit dem prozentual höchsten Mitgliedsstand der Welt tritt unermüdet für Abrüstung und Entspannung in der Welt ein. An ihrer Seite stehen die sozialistischen Studentenverbände, die einflußreichen Frauenverbände und andere Organisationen, die auf die Regierung einen ständigen unmittelbaren Einfluß ausüben.

Bald schon erkannten die weiterblickenden Persönlichkeiten in der norwegischen Friedensbewegung, daß es vor allem in Zukunft darauf ankommt, diese Kräfte zu sammeln und die sich oftmals verzweigenden Ströme in einer einzigen machtvollen Volksbewegung zusammenfassen. Aus dieser Notwendigkeit heraus gründete Prof. Carl Bonnevie, der ehemalige hohe Richter seines Landes und angesehener Wissenschaftler und Akademiker mit Weltruf, im Jahre 1947 die „Uavhengig norsk gruppe“ (Unabhängige Norwegische Gruppe). Prof. Bonnevie faßte die Bestrebungen dieser Vereinigung so zusammen: „Wir haben die Pflicht, es unseren Gegnern in Zukunft nicht so leicht zu machen. Wir müssen vor allem weg von dem Verdacht, eine fünfte Kolonne zu sein. Wir wollen und müssen eine gemeinsame Basis für alle Frie-

denkräfte in unserem Lande finden, nur so werden wir Gehör finden!“ Prof. Bonnevie versäumte es hierbei nicht, auf die Friedensbestrebungen in anderen Ländern hinzuweisen, wo es nicht gelungen ist, diese wichtige Forderung zu realisieren. Er nannte hierbei die Bundesrepublik ein lebendiges Beispiel: Trotzdem der weitaus größte Teil des deutschen Volkes gegen die Wiederaufrüstung und gegen die atomare Bewaffnung eingestellt war, gelang es in Westdeutschland nicht, diese Bestrebungen quer durch die Parteien und Organisationen aller Schattierungen hindurch zusammenzufassen und das Unheil zu verhindern. Die Unabhängige Norwegische Gruppe hat diese Aufgabe in den vergangenen Jahren gelöst. Unter der zentralen Leitung von 60 hochgestellten Persönlichkeiten ist die Arbeit der Friedensorganisationen in Norwegen zusammengefaßt worden. Die Bewegung hat dabei ein Ausmaß angenommen und an Kraft gewonnen, daß der Beschluß der Regierung, keine Atomwaffen für Norwegen anzuschaffen und keine ausländischen Massenvernichtungsmittel auf norwegischem Territorium zu dulden, nicht zuletzt ein Erfolg der unermüdeten Arbeit der Friedensorganisationen in Norwegen ist.

Das Instrument Unabhängige Norwegische Gruppe zu schaffen, erforderte eine möglichst enggefaßte Konzeption. Die Gründer Prof. Bonnevie, Prof. Tengstrand und Prof. Eckhoff bauten ihre „zentralen Friedensforderungen“ auf dem Geist Nobels und Albert Schweitzers auf. Albert Schweitzer selbst wählte Oslo als geistigen Ausgangspunkt seiner Friedensappelle an die gesamte Menschheit. Seinem Geist fühlte man sich verpflichtet in allen Gemeinschaften, die gegen die atomare Bewaffnung kämpften. Dem „akademischen Haupt der Unabhängigen Norwegischen Gruppe“ schloß sich spontan die Mehrzahl aller Gruppen an. Fortan konnten folgende Vereinigungen Seite an Seite gemeinsam kämpfen: Die kirchlichen Kreise, die an ihrer Spitze die bekannten Widerstandskämpfer Pastor Berggrav und Pastor Ragnar Forbeck (Leninpreisträger) aufwiesen, über dreißig Gewerkschaftsverbände, der bürgerliche Verband „Eine Welt“, die „Vorkämpfer für den Frieden“, die „christliche Friedensgesellschaft“, der „norwegische Verein für Volksfrieden“, „Norwegische Priester-Friedensgemeinschaft“, der „Hausfrauenverband“, die „Volks-erhebung gegen den Krieg“, die „Friedensgesellschaft der Lehrer“, die „Freunde der unterentwickelten Länder“, „Norwegens Algerien-Komitée“, der sozialistische Studentenverband „Studentersamfundet“, weitere drei Frauenverbände Norwegens sowie der „kommunistische Jugendverband“. Als gutes Vorzeichen für das Gelingen der Arbeit der akademischen Führer in Oslo gilt es, daß es in diesem Lande keine „Kommunistenfurcht“ gibt. Die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien im Parlament galt hier als bestes Beispiel. Daher gab es auch keine Schwie-

rigkeiten, als die Unabhängige Norwegische Gruppe zu einem späteren Zeitpunkt engen Kontakt zum Moskauer Weltfriedensbüro aufnahm. Im Laufe der Zeit gelang es, eine Reihe von Abgeordneten des Storting für die Arbeit der Unabhängigen Norwegischen Gruppe zu interessieren. Als prominentesten Sprecher konnte die Gruppe den Vorsitzenden des außerpolitischen Ausschusses im Storting, Finn Moe, gewinnen. Moe, der in der Regierung Gerhardsen eine überragende außenpolitische Funktion erfüllt, gilt als einer der führenden Köpfe Norwegens Politik. Er hat den Mut des Außenseiters und hat die Kolonialpolitik der Westmächte verschiedentlich in aller Schärfe angegriffen.

Die Unabhängige Norwegische Gruppe pflegt neben den engen Kontakten zu Albert Schweitzer und dem Friedensbüro einen ständigen Erfahrungsaustausch zu Bertrand Russell und den britischen Anti-Atombomben-Organisationen. Mit Linus Pauling und Pastor Niemöller sowie indischen und japanischen Geistesfreunden verbindet die Gruppe ein ständiger Kontakt. (Die Verbindungen nach Westdeutschland sind leider noch nicht befriedigend, obwohl gerade hier ein enges Zusammenarbeiten gewünscht wird.)

Im September 1958 hielt die Unabhängige Norwegische Gruppe im historischen Nobelsaal (Friedensaal des Alfred-Nobel-Instituts) ihre erste große internationale Tagung ab, die in ganz Skandinavien als überragender Erfolg bezeichnet wurde. Aus Norwegen kamen über 300 Teilnehmer nach Oslo, allein 35 Gewerkschaftsfachverbände beteiligten sich an den Referaten und Diskussionen. 19 verschiedene Organisationen aus Norwegens sämtlichen Distrikten waren vertreten, die skandinavischen Nachbarländer waren durch mehrköpfige Delegationen vertreten. Neben den Friedensfreunden aus Norwegen, Finnland, Schweden und Dänemark fanden sich Vertreter aus folgenden Ländern in Oslo zusammen: Großbritannien, Japan, Indien, Jugoslawien, Polen sowie der Bundesrepublik. Der Weltfriedensrat hatte seinen Sekretär Vincent Duncan Jones entsandt, und das Moskauer Friedensbüro wurde durch die Schriftsteller Ilja Ehrenburg, Boris Pilevoi sowie durch den Professor der Physiologie Ch. S. Koschtovans (Moskau) vertreten. Die herausragenden Referate wurden von Prof. Bonnevie, Prof. Tengstrand, Prof. Oftedal, Prof. Eckhoff — sämtliche aus Norwegen — gehalten. Neben den bereits genannten ausländischen Gästen hielt der Regierungspolitiker Finn Moe einen in der Presse vielbeachteten Vortrag. Moe sprach sich gegen jeglichen Konformismus in der norwegischen Politik aus und begrenzte die Funktionen seines Landes im Rahmen der Nato auf rein defensive Beiträge.

Die Schlußresolutionen der internationalen Tagung im Vorjahre waren auf Grund der verschiedenartigen Zusam-

Müssen wir die Deutschen über unser Schicksal entscheiden lassen?

Der bekannte amerikanische Bankier und Politiker James P. Warburg ließ am 9. Juli 1959 in der „New York Times“ eine Annonce großen Ausmaßes erscheinen, in der folgendes zu lesen stand:

Es tut mir leid, meine amerikanischen Mitbürger, wenn ich Euch in Euren Sommerferien störe, aber wißt Ihr, was in diesen Augenblicken geschieht? **Euer Schicksal und das Eurer Kinder wird den Händen Konrad Adenauers anvertraut, des eigenwilligen, autoritären 83jährigen Kanzlers der westdeutschen Republik.**

Wenn Ihr nicht Eure Sommerferien unterbrecht, um etwas dagegen zu tun, wird Eure Regierung ausgerechnet den Deutschen die Vollmacht überlassen, jegliche Regelung der Zukunft Berlins zu beeinträchtigen, sowie ein Abkommen über die Einstellung der Atomversuche und die Ausbreitung von Atomwaffen in der Welt zu verhindern.

Folgende Dinge geschehen, während Ihr Eure Ferien genießt:

- Am 26. Mai hat Präsident Eisenhower dem Kongreß ein Abkommen vorgelegt, demzufolge die westdeutsche Regierung von nun an in beschränktem Maße von uns Auskünfte erhalten wird über Benutzung von Atomwaffen, Durchführung einer Atombewaffnung, Atomwaffenlieferung und Verteidigungspläne sowie über den nicht-atomaren Anteil innerhalb eines Atombewaffnungssystems.
- Vorläufig sollen die Fachleute der Atombewaffnung unter unserer Kontrolle bleiben. Aber wie lange wird wohl diese Abmachung dauern? Erinnert Ihr Euch daran, wie unser Staatssekretär im Jahre 1949 dem Senat versicherte, daß die USA unter keinen Umständen der Remilitarisierung Deutschlands zustimmen würden, und wie er 1950

die deutsche Wiederaufrüstung forderte? Damals beschlossen wir, daß die Deutschen konventionelle Waffen haben sollten, aber nichts, was darüber hinausgeht. Und nun sind wir soweit . . .

- Dies ist jedoch nicht alles. Sobald das Abkommen in Kraft getreten ist, können wir es nicht mehr ohne deutsche Zustimmung rückgängig machen. Dies bedeutet, daß die westdeutsche Regierung, d. h. Konrad Adenauer, bei jedem Abkommen über Einschränkungen in der Atomrüstung ein Veto einlegen kann.
- Auch damit ist noch nicht alles gesagt. Das Abkommen wird am 24. Juli in Kraft treten, wenn es nicht vor diesem Zeitpunkt sowohl vom Senat als auch vom Repräsentantenhaus durch Abstimmung abgelehnt wird. Wie groß ist aber wohl die Möglichkeit einer solchen Ablehnung, wenn der Kongreß auf Vertagung drängt und noch nicht einmal die Diskussionsbasis für diesen weitreichenden Beschluß geschaffen worden ist?

WAS KANN MAN DAGEGEN TUN?

Man kann versuchen, Präsident Eisenhower zu veranlassen, daß er das Abkommen mit den Deutschen wenigstens noch so lange zurückhält, bis alle Möglichkeiten erschöpft sind, die europäische Frage zu klären und eine Übereinstimmung hinsichtlich der Einstellung von Atomversuchen zu finden. Soviel könnt Ihr dazu beitragen, aber werdet Ihr dies auch tun?

Ich habe dem Präsidenten folgendes Telegramm gesandt: **Ich bitte Sie dringend, das Abkommen über Atomwaffen mit der Bundesrepublik Deutschland wenigstens noch so lange zurückzuhalten, bis Sie alles versucht haben, ein Übereinkommen zu treffen über die Einstellung der Atomversuche und die Regelung der Europafrage. Liegt es nicht auf der Hand, daß andernfalls diese beiden äußerst wichtigen, aktuellen Verhandlungspunkte ernsthaft gefährdet sind,**

Wenn Sie damit einverstanden sind, schneiden Sie die obenstehende Botschaft aus, unterschreiben und schicken Sie sie an den Präsidenten oder, was noch besser wäre, telegraphisch oder schreiben Sie ihm mit eigenen Worten. Wenn Sie oder Ihre Freunde über Geld verfügen, welches Sie dazu verwenden möchten, um die Zukunft Ihrer Kinder zu sichern, senden Sie es nicht an mich. Dieser Aufruf ist mein Beitrag. Leisten Sie den Ihrigen, indem Sie eine Gruppe bilden und einen ähnlichen Aufruf in Ihrer lokalen Zeitung veröffentlichen lassen.

WAS SIE AUCH ZU TUN GEDENKEN, TUN SIE ES GLEICH!!

James P. Warburg, 70 East 45th Street, New York 17, N. Y.



Wußten Sie es denn?

HEINZ KRASCHUTZKI

Seit etwa 1921 arbeiteten 42 Frauen in einer Fabrik südlich New Yorks, indem sie Zifferblätter von Uhren mit leuchtender radioaktiver Masse bemalten. Sie gewöhnten sich dabei an, wenn der Pinsel kraus wurde, ihm mit Hilfe der Zunge wieder eine spitze Form zu geben.

Niemand dachte sich etwas dabei.

Im Jahre 1925 starb die erste dieser Frauen. Knochenkrebs. Die radioaktive Substanz hatte sich von der Zunge aus in ihren Körper begeben, dort in den Knochen konzentriert und von da aus das Gewebe von innen her zerfressen.

Am 2. September 1958 ist jetzt die letzte der 42 Frauen von damals im Alter von 57 Jahren gestorben. Knochenkrebs auch bei ihr. Keine dieser Frauen hat also ein normales Alter erreicht.

Der Fabrikleiter von damals wußte nicht, wie gefährlich die Arbeit war, die er den Frauen gab. Die Ärzte damals wußten es auch nicht.

Heute arbeiten allein in den USA mehrere hunderttausend Menschen an der Herstellung von Atombomben oder an den Versuchen. Sie sind schon ganz gleichgültig geworden, und sie werden gut bezahlt — wie alle Menschen, die nicht für die Erhaltung, sondern für die Zerstörung von Menschenleben tätig sind. Aus Amerika wird berichtet, daß in Las Vegas, als am 30. Oktober die (vorläufig) letzte Bombe versuchsweise in der Wüste von Nevada explodierte, die Kartenspieler im Kasino nicht von den Karten aufblickten. Man gewöhnt sich offenbar an so etwas, auch haben ja die Ärzte gesagt, es wäre ganz ungefährlich.

Sie haben also dasselbe gesagt, was die Ärzte damals zu den 42 Frauen sagten, die Zifferblätter von Uhren anmalten und sich dabei den Tod holten.

Wissen die Ärzte heute besser, was ungefährlich ist, als die vor 37 Jahren? Das wissen wir nicht!

(Aus: „Die Friedensrundschau“)

Fortsetzung von Seite 7

Volksbewegung gegen Atombomben in Norwegen

menetzung des Gremiums sehr umkämpft. Der Appell, der für eine Beendigung der Atomwaffenversuche, für eine Aufhebung der Blockpolitik und für eine sofortige Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Weltmächten eintrat (weiterhin wurden in verschiedenen Paragraphen eine Kontrolle der Atombombenvorräte auf der Welt, eine entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa und die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen gefordert), wird heute noch in Norwegen als die beste Grundlage für künftige Gespräche und Verhandlungen angesehen. Die Unabhängige Norwegische Gruppe, die nunmehr seit zwölf Jahren in Norwegen der zentrale Sammelpunkt der Friedensbestrebungen eines ganzen Volkes ist, hatte durch diesen Kongreß in ganz Skandinavien neue Freunde und Anhänger gewonnen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die juristischen Aspekte der Atomrüstung

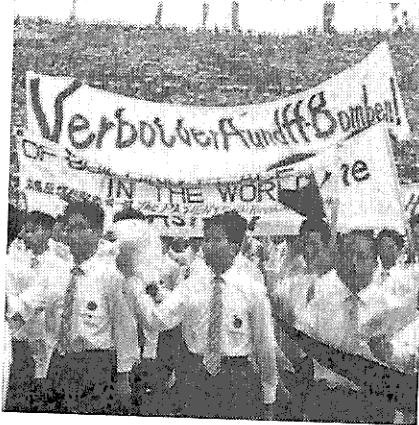
Während der letzten Wochen und Monate waren im westdeutschen Blätterwald eine ganze Reihe von juristischen Studien zu finden, die sich mit der völkerrechtmäßigen Zulässigkeit der Atomwaffen beschäftigten.

Professor Albert Schweitzer schreibt in diesem Zusammenhang in einem Brief, der im „Wochenbericht“, dem Mitteilungsblatt der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“, veröffentlicht wurde:

„Ich hoffe, daß auf der Genfer Konferenz erreicht wird, daß die Versuchsexplosionen aufhören. — Dann kommt der Kampf für die Abschaffung dieser Waffen. Dieser muß, wie ich schon Pablo Casals erklärt habe, mit dem Argument geführt werden, daß die Atomwaffen gegen das Völkerrecht (droit international) sind. Den Grundstein zu einem Recht, das alle Kulturvölker anerkennen sollen, hat der große holländische Rechtsgelehrte und Diplomat Hugo Grotius (geboren 1583, gestorben 1654) gelegt. Es enthält Gesetze, die alle Völker anerkennen sollen, weil das Wohl der Menschheit und die Erhaltung des Friedens es erfordert...“

Das Völkerrecht hat sich schon ausführlich mit der Frage der erlaubten und der unerlaubten Waffen beschäftigt. Es hat festgelegt, daß eine Waffe als im Krieg erlaubt gelten kann, wenn sie rein militärischen Charakter hat, d. h. wenn sich ihre verheerende Wirkung auf das militärische Ziel erstreckt, auf das sie gerichtet ist, und sich nur auf diesem auswirkt und nicht auf einem größeren Gebiet... Die Atom- und Nuklearwaffen richten aber Verheerung auf größte Entfernung und in größter Ausdehnung an. Sie vergiften auch die Luft und bewirken dadurch eine zeitlich unbegrenzbare Wirkung...

Also sind die Atomwaffen und Nuklearwaffen in absoluter Weise gegen das Völkerrecht. Man darf sie auch nicht da anerkennen, wo Regierungen behaupten, daß sie nur für die Verteidigung im Falle, daß sie selbst mit Atomwaffen angegriffen



Einmarsch der japanischen Delegation bei der Eröffnungsfeier der VI. Weltfestspiele der Jugend in Wien am 26. 7. 1959

würden, besitzen wollen. Sie müssen überhaupt zu existieren aufhören. Eher kann die Menschheit nicht in Ruhe sein.“

Es ist höchste Zeit

In seiner am 28. April 1958 über Radio Oslo gehaltenen Rede sagte Albert Schweitzer noch zu dieser Frage:

„Es ist Zeit, einzusehen und anzuerkennen, daß das Aufhören oder Weitergehen der Versuchsexplosionen eine das Völkerrecht angehende Angelegenheit ist.“

Die Menschheit ist durch die Versuche gefährdet. Die Menschheit verlangt ihr Aufhören. Sie hat das Recht dazu. Wenn in dem, was unsre Zeit noch an Kultur besitzt, noch etwas von wirksamem Völkerrecht erhalten ist oder wieder aufkommt, müssen die Völker, die bisher Versuchsexplosionen unternahmen, ohne weiteres darauf verzichten. Der Verzicht darf in keiner Weise davon abhängig gemacht werden, daß sie sich zuvor über einen Abrüstungsplan geeinigt haben. Die Sache hat nichts mit Abrüstung zu tun. Jedes der in Frage kommenden Völker bleibt ja im Besitz der Waffen, die es sich geschaffen hat.

Es ist keine Zeit zu verlieren. Neue Versuche dürfen die Gefahr, in der wir uns befinden, nicht noch erhöhen.“

Kriegsrecht

Der Kieler Völkerrechtler Professor Dr. Menzel hat vor Studenten aus der Bundesrepublik und aus Skandinavien in der Grenzakademie Sankelmark bei Flensburg den Standpunkt vertreten, die Anwendung von Atombomben widerspreche dem Völkerrecht. Während das heutige Kriegsrecht davon ausgehe, daß nur der unmittelbare Gegner Ziel des Waffengebrauchs sein dürfe, schädige jede Atombombenwendung in Europa auch die neutralen Staaten, da sich die Bombenwirkung nicht auf ein Land beschränken lasse. Die Völkerrechtswidrigkeit werde auch dadurch nicht beseitigt, daß man versuche, sogenannte saubere Atombomben herzustellen.

Menschenrechte

H. M. von Frankenberg, ein Militärfachmann, schreibt zu diesem Thema:

„Nicht nur eine zu befürchtende kriegerische Anwendung von Atomwaffen wäre als Verstoß gegen geltende Völkerrechtsnormen anzusehen. Schon die im Frieden vorgenommenen Kernwaffenversuche bedrohen Sicherheit und Leben der Menschen auf das höchste. Artikel 3 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, v. der UN-Vollversammlung am 10. 12. 1948 beschlossen, lautet: „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“

Versuchsexplosionen, die die offene See oder das Territorium fremder Staaten verseuchen, verstoßen ebenfalls gegen die Grundsätze der UN-Charta, insbesondere gegen deren Bestimmungen über die internationale Sicherheit und die Unverletzlichkeit fremden Hoheitsgebiets.

Die Regeln des Kriegsrechts sehen vor, daß die Leiden nicht nur der kämpfenden Soldaten, sondern besonders der Zivilbevölkerung im Falle eines Krieges auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden sollen. Das ist aber bei der ungeheuren Vernichtungskraft der Kernwaffen mit einem Radius der Zerstörung und Verseuchung von 100 km nicht möglich. Überwiegend würde deshalb die Zivilbevölkerung getroffen. Das allgemeine Kriegsrecht muß deshalb besonders auf die Kernwaffen Anwendung finden gemäß

- Artikel 22 der Haager Landkriegsordnung von 1907: „Das Recht der Kriegführenden, Mittel zur Schädigung des Gegners anzuwenden, ist nicht unbeschränkt.“
- Artikel 25 der Haager Landkriegsordnung von 1907, der verbietet: „den Angriff oder die Bombardierung durch Mittel aller Art auf Städte, Dörfer, Wohnungen oder Gebäude, die nicht verteidigt werden.“
- Artikel 21 der Haager „Bestimmungen über die Luftkriegführung“ von 1923, der lautet: „Bombardierungen aus der Luft zum Zwecke der Einschüchterung der Zivilbevölkerung, der Zerstörung oder Beschädigung von Privateigentum nichtmilitärischen Charakters oder Schädigung von Nichtkämpfern sind verboten.“



Japanische Studenten demonstrieren



Symbolische Darstellung einer H-Bombe

Alle diese Grundsätze sind für jeden Bürger und alle Bundesorgane verbindlich. Artikel 25 des Grundgesetzes lautet:

„Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“

Da Anwendung von und Versuche mit Kernwaffen eine Verletzung bestehender juristischer Normen wären, wären die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Stationierung solcher Waffen durch die Streitkräfte der NATO auf unserem Territorium ebenfalls eine Verletzung des Völkerrechts“

Unterschiedslose Vertilgung

In der von Pfarrer Mochalski herausgegebenen Zeitschrift „Stimme der Gemeinde“ schreibt Jan Bennet: Es ist ein allgemein anerkannter Grundsatz des Kriegsrechts, daß sich Kampfhandlungen nur gegen den bewaffneten Feind richten dürfen und nicht auch unterschiedslos gegen andere Objekte, die zu den Kriegsanstrengungen nicht beitragen. Gegen diese Norm ist zwar im zweiten Weltkrieg von beiden Seiten viel verstoßen worden, doch ist dadurch keineswegs eine Rechtsänderung eingetreten. Man mag sich daher fragen, wie Minister Strauß bei Einsatz der von ihm angedrohten megaton-Bomben zwischen Truppen und Zivilpersonen unterscheiden will. Es liegt hier doch klar auf der Hand — man lese das Buch von Kissinger —, daß es sich hier nicht mehr um Kriegshandlungen im Sinne des Völkerrechts handelt, sondern um die unterschiedslose Vertilgung sämtlichen Lebens...

Das Komitee des **Internationalen Roten Kreuzes** schrieb am 5. April 1950 an die Vertragsparteien der Genfer Abkommen zum Schutz der Kriegsgesetze u. a.: „Unter diesen Bedingungen würde die bloße Tatsache der Zulassung von Atombomben als Kampfmittel jeden Versuch, Nichtkämpfer durch rechtlich festgesetzte Bestimmungen zu schützen, zum Scheitern bringen.“

Jede herkömmliche Bestimmung, jede vertragliche Regelung würde angesichts der durch diese Waffe verursachten Verheerungen wertlos sein.“ ...

Man mag sich auch fragen, was sich evangelische Theologen — die sich berufsmäßig mit Ethik beschäftigen — dabei denken, wenn sie uns Waffen empfehlen, deren Gebrauch von den führenden Völkerrechtlern als Kriegsverbrechen im technischen Sinn mit entsprechenden strafrechtlichen Konsequenzen bezeichnet wird. Wenn schon in der evangelischen Kirche die theologische und ethische Gemeinsamkeit fehlt, um in der Frage der Anwendung von Massenvernichtungswaffen und -vergiftungswaffen zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu kommen, würde sich in künftige Entschlüssen zu dieser Frage die Aufnahme der Klausel empfehlen: „... soweit dies in Einklang mit geltendem Völkerrecht steht.“ Dies scheint im Augenblick die einzige Möglichkeit, die Äußerungen bestimmter Theologen in den Bereich der Rechtsordnung zurückzubringen.

In der vorhandenen völkerrechtlichen Literatur ist in bezug auf die Anwendung von Kernwaffen immer wieder die Rede von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im rechtstechnischen Sinne. Es wird interessant sein, die Reaktion der Öffentlichkeit darauf zu erfahren, vor allem im Anschluß an die Kasseler Rede D. Niemöllers. Handelt es sich auch bei den Ansichten der Völkerrechtler um „Demagogie in christlichem Gewand“? Werden Bundesregierung und Verteidigungsausschuß diese Rechtsauffassungen „aufs schärfste verurteilen“, Minister Strauß Strafantrag wegen Beleidigung stellen, die Bischöfe sich distanzieren, Militärbischof Kunst in den Garnisonen versichern, nur wenige dieser Juristen gehörten der evangelischen Kirche an?

Nach dieser evangelischen Stimme lassen wir zum Schluß unsrer Zusammenstellung auch einen katholischen Autor zu Wort kommen. Professor Dr.

Karl Peters von der juristischen Fakultät der Universität Münster hat im Oktoberheft des vergangenen Jahres der Zeitschrift „Hochland“ eine umfangreiche Studie unter der Überschrift „Probleme der Atomausrüstung“ veröffentlicht, der wir folgende Auszüge entnehmen:

Die Hauptfrage

„... In dem Zusammenhang dieser Abhandlung kommt es vor allem auf die Hauptfrage an, ob und inwieweit die Anwendung atomarer Waffen und ihre Bereitstellung Unrecht bedeuten...“

Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, ob die atomaren Waffen Massenvernichtungsmittel mit nicht beschränkbarer Schädlichkeit für die ganze oder erhebliche Teile der jetzigen und künftigen Menschengeneration darstellen. Es wäre verhängnisvoll, ohne genaue Kenntnis der Wirklichkeit den atomaren Waffen einen derartigen Charakter abzusprechen. Ihre Anwendung auf Hiroshima und Nagasaki lassen eine Verharmlosung der Frage nicht zu. Die seitherige weitere Entwicklung der Waffe spricht für eine noch ausgedehntere Wirksamkeit. Wer die Begrenzbarkeit der Folgen des Einsatzes von Atomwaffen behauptet, muß nicht nur deutlich darlegen, was er unter der Begrenzbarkeit versteht, sondern auch, auf welche naturwissenschaftlichen Autoritäten er sich beruft. Solange die gestellte Frage nicht mit Sicherheit verneint werden kann, ist die Frage der Zulässigkeit der Verwendung von atomaren Waffen bereits aus dem Sinn der Rechtsordnung heraus zu verneinen, da diese sich nicht in rechtmäßiger Weise selbst auflösen lassen kann...

Vage Hoffnungen und Vermutungen rechtfertigen nicht den Besitz und die Anwendung der Waffen. Eine Hoffnung, der man immer wieder im Gespräch begegnet, ist die, daß es im vergangenen Weltkrieg nicht zur Anwendung von Bakterien und Gasen kam. Dabei wird übersehen, daß die Ausrüstung der damaligen Armeen nicht auf der Bakterien- und Gaswaffe beruhte, während künftighin die atomare Bewaffnung zum wesentlichen Bestand der Bewaffnung gehört.

Es ist völkerrechtlich außer Zweifel, daß die Kriegführenden kein unbeschränktes Recht zum Waffengebrauch haben (Art. 22 der Haager Landkriegsordnung). Art. 23 e LKO verbietet die Verwendung von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötige Leiden zu verursachen. Art. 23 a LKO untersagt die Verwendung von Giften und vergifteten Waffen. Das von allen europäischen Großmächten sowie von vielen anderen Staaten und den Britischen Dominions ratifizierte Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 verbietet den chemischen und bakteriologischen Krieg. Es ist allerdings nach dem Lehrbuch des Völkerrechts von Verdross (1955) S. 378 zweifelhaft, ob dieses Verbot die Atomwaffen mit umfaßt. Selbst von diesem Standpunkt aus ist aber festzuhalten, daß jedenfalls die Zulässigkeit nicht zweifelsfrei ist...

Das Atomwaffenverbot als Regelverbot könnte freilich Ausnahmen zulassen: Notwehr und Repressalie.

Notwehr

Notwehr ist ein im Rechtsleben allgemein anerkannter Akt der Selbstwehr. Nicht die Notwehr als solche ist rechtlich fragwürdig, sondern die Problematik beginnt bei ihren Grenzen. Bei der Notwehr steht das Recht gegen das Unrecht. Es geht um die Verteidigung und Wahrung der Rechtsordnung. Sie muß demnach dort ausgeschlossen sein, wo sich die Rechtsordnung in der Verteidigung selbst gegenstandslos macht oder wo aus der Verteidigung unbegrenzte Vernichtung wird...

Notwehr setzt die Erforderlichkeit des angewandten Mittels voraus. Das bedeutet zunächst einmal, daß keine andere Form der Verteidigung möglich ist. Wäre gegenüber einem Angriff eine Verteidigung mit konventionellen Waffen möglich, so würde schon im Hinblick hierauf die Anwendung von Atomwaffen als Notwehr unzulässig sein. Je verheerender die Wirkung der Verteidigungswaffen ist, desto mehr besteht die Rechtspflicht, alle Kräfte und Mittel aufzuwenden, um derartige Verteidigungsmittel zu vermeiden. Dafür sind alle denkbaren Opfer aufzuwenden...

Die Notwehr richtet sich gegen den ungerechten Aggressor. Der Gedanke, daß der angreifende Staat und mithin seine gesamte Bevölkerung der gegen das Recht verstoßende Angreifer sei, vereinfacht das Problem: Weder ist die gesamte Bevölkerung für den Angriff verantwortlich noch als Waffenträger oder Waffenschaffender oder Kriegsfördernder beteiligt. Wie weit man auch immer den Kreis der Kriegsbeteiligten ziehen mag, immer bleiben noch Unbeteiligte. Solche Unbeteiligte sind vor allem Kinder, Frauen, Kranke, Greise; nicht zuletzt die künftigen Generationen. Mit Recht weist Ermcke in seiner Moraltheologie III S. 94 darauf hin, daß der Unterschied zwischen kämpfendem Militär und nicht kämpfenden Zivilisten nicht preisgegeben werden darf. Die Frage, inwieweit Unbeteiligte in das Verteidigungsgeschehen einbezogen werden dürfen, erfordert sorgsame Untersuchung. Jedenfalls rechtfertigt nicht der Zweck der Verteidigung allein die Anwendung jeder Waffe.

Anwendung der Atomwaffen und damit den Besitz solcher Waffen unter dem Gesichtspunkt der Repressalie zu rechtfertigen. Hier ergibt sich das Problem, ob die Anwendung der Atomwaffe als Repressalie nur zulässig ist, wenn der Gegner sie selbst vorher benutzt hat, oder ob sie überhaupt als Antwort auf einen irgendwie gearteten schweren Eingriff gestattet ist. Es geht um das Problem der Identität oder der Verhältnismäßigkeit von Eingriff und Antwort. Diese Frage ist völkerrechtlich umstritten. Jedoch dürfte es auf den Gegensatz von Identität und Verhältnismäßigkeit nicht ankommen, weil die Anwendung einer Waffe mit unbegrenzten Strahlen- und Seuchenwirkungen gegenüber einem mit anderen Waffen durchgeführten Angriff stets als unverhältnismäßig anzusehen ist. So bleibt nur das Problem der Antwort auf einen Atomangriff mit einer entsprechenden Erwidmung. Aber auch hier ist die Zulässigkeit im Hinblick auf die Mittel, das als ein direktes Tötungsmittel anzusehen ist und über-

dies in seinen Wirkungen über den aggressiven Staat hinausgeht, durchaus fragwürdig...

Mag auch die Neigung zur Vergeltung von Gleichem mit Gleichem naheliegen, so werden menschlich verständliche Handlungen doch nicht um desentwillen zu rechtlich einwandfreien Handlungen. Das Strafrecht differenziert durchaus zu Recht nach den Kategorien des Unrechts, der Schuld und der Strafbarkeit. Auch der Notstand gibt im Strafrecht kein Recht zum Töten, führt nach der überwiegenden Lehre nur zum Schuldausschluß, richtigerweise aber nur zum Strafausschluß...

Selbst die Zulässigkeit der Anwendung als Repressalie würde es im Hinblick auf die immer größer werdende Gefahr der Anwendung nicht rechtfertigen, neue Atomwaffen-Länder neben die Hauptnationen der beiden Machtblöcke zu stellen, weil, sofern überhaupt ein Recht zur Repressalie besteht, es hinreichend durch das Vorhandensein im bisherigen Umfang gewährleistet wäre. Es ist durchaus denkbar, einer bestimmten Nation die Sicherung der Rechte der westlichen Welt durch Anwendung von Repressalien anzuvertrauen. Aber immer wäre die Rechtmäßigkeit der Repressalie Voraussetzung...

Abschreckung

Der Abschreckungsgedanke ist keine tragende Grundlage für ein rechtlich geordnetes Zusammenleben der Völker. Vielleicht kann gerade der Vertreter des Strafrechts auf die begrenzten Wirkungen dieses Gedankens hinweisen. Er sollte in seiner Primitivität schon längst erkannt sein...

Das Abstellen auf gegenseitige Furchterweckung bedeutet eine geistige Bankrotterklärung. Es beweist, daß kein Glaube an die Kraft der Ideen mehr besteht. Damit wird zugleich ein Wachsen und ein Entwickeln der Ideen verhindert. Den auf beiden Seiten vorhandenen Kräften, die einer ruhigen, gesicherten und vernünftigen Friedenspolitik zustreben, wird die Entfaltungs- und Wirkmöglichkeit von vornherein abgeschnitten. Den auf die Gewalt ausgerichteten Mächten wird der Boden bereitet.

Man kann nicht die Gewalttendenzen innerhalb eines Volkes mit Erfolg bekämpfen, wenn die Maßstäbe in den äußeren Beziehungen auf die Gewalt abgestellt sind. Wie wird man die Verpflichtung, das Leben des einzelnen oder gar des Kindes im Mutterleib zu achten, noch glaubwürdig sichtbar machen können, wenn der Staat selbst — sei es auch aus einem noch so einwandfreien Motiv heraus — seine grundsätzliche Bereitschaft zur Massenvernichtung kundtut? Es wird auch schwer sein, etwa in der Strafverfolgung sich auf einwandfreie Mittel zu beschränken, wenn im Völkerleben die furchtbarsten Mittel rechtlich gebilligt oder doch wenigstens angewandt werden.

Verteidigung des Christentums

Die schwere Belastung, welche die Beschlüsse des Bundestages zur Atomausrüstung für einen Juristen bedeuten, der bereits aus Rechtsgründen zur Ablehnung der getroffenen Entscheidung kommt, wird noch drückender, wenn er zugleich als Christ zu dem

Fragenkomplex Stellung nehmen muß. Da auch der Gedanke der Verteidigung des Christentums und der christlichen Freiheit zugunsten der Atombevornahme vorgebracht wird, scheint es mir der Klarstellung zu bedürfen, welche Güter mit einer wie auch immer gearteten Waffe von einem Staat, dessen Bevölkerung sich aus Christen und Nichtchristen, aus bewußten und gleichgültigen Christen zusammensetzt, verteidigt werden können. Die Frage der Atomausrüstung ist im staatlichen Bereich eine rechtliche und politische Frage, welche die Dinge der Welt und des Staates betrifft. Diese Dinge haben, wie etwa die Freiheit, die Kultur, die Wirtschaft, einen hohen Rang. Vom Staat aus gesehen, entfaltet sich innerhalb der Freiheit das Christentum. Trotzdem ist nicht das eigentlich Christliche der tragende Grund der heutigen staatlichen Verteidigung. Das Höchste und Letzte für den Christen: seine Zugehörigkeit zum mystischen Leib des Herrn, zu Seiner Kirche, steht außerhalb der Möglichkeit der Verteidigung mit der Waffe. Davon bleibt unberührt die Abwehr feindlicher Angriffe gegen Land und Volk in der angemessenen bewaffneten Verteidigung...

Auf Grund der vorgebrachten rechtlich-sittlichen und religiösen Erwägungen gelange ich zur Verneinung der Frage, ob eine atomare Ausrüstung der Bundesrepublik zu empfehlen ist. Die Zulässigkeit der Atomwaffe erscheint mir nicht hinreichend gesichert. Wer sie verwendet, kann sich nicht auf die Rechtmäßigkeit berufen. Unrecht stellt aber auch die Bedrohung der Welt durch eine geistig zersetzende Aggressivität und durch eine übermäßig große bedrohende Armee dar. Soll die Welt aus der ständigen Situation des Unrechts herausgelangen, so bedarf das Problem der Achtung der atomaren Waffen und der Abrüstung der die Friedensordnung bedrohenden Armeen des Ostens der gleichzeitigen Lösung.

Rechtzeitig...

Am 21. Mai d. J. hatte Professor Teller, der Verfechter eines nuklearen Präventivkrieges der USA, in Milwaukee vor einer Gesellschaft gesagt, „daß die SU in spätestens 10 Jahren vor den USA einen unbedingten Vorsprung in der Entwicklung von Kernwaffen erlangt haben würde. Wenn man diese kurze Frist nicht nutze, werde die Welt am Ende dieses Jahrhunderts nach sowjetischem und nicht nach den eigenen amerikanischen Ideen geformt sein. Lasse man die letzten 10 Jahre ungenutzt verstreichen, bleibe nichts als eine vage Hoffnung, die verlorene Führerschaft zu einem späteren Zeitpunkt zurückzugewinnen“. An diese mittelbare erste Aufforderung Professor Tellers — eine Aufforderung zum nuklearen Krieg! — schloß sich eine unmittelbare zweite von Thomas E. Murray, einem wissenschaftlichen Berater im Ausschuß für Atomenergie des Kongresses, in einem New Yorker Fernseh-Interview vom 6. Juli d. J.; Murray sagte: „Wir haben die Aufgabe, schon jetzt Tausende von kleinen Atombomben zu lagern, um der Sowjetunion in sicherlich bevorstehenden räumlich begrenzten Auseinandersetzungen rechtzeitig zu begegnen...“

Ein britisches Flugblatt - das Deutsche nicht lesen sollen

Herbert Compton, der junge Australier, der seinen Fußmarsch von England über Belgien und Holland nach Dortmund machte, um dort auf dem Flugplatz gegen die Errichtung britischer Raketenbasen zu protestieren, ist am 2. Juli viereinhalb Stunden von der Dortmunder Kriminalpolizei verhört worden.

Compton war zur Zollstelle gegangen, um eine für ihn bestimmte Sendung vom Londoner Ausschuss gegen Atomwaffen (Direct Action Committee against Nuclear War) abzuholen. Auf Geheiß des Zollbeamten öffnete er das Paket: Es enthielt tausend in deutscher Sprache verfaßte Flugblätter, die das englische Komitee zur Unterstützung der Aktion des jungen Australiers hatte drucken lassen. Der Zollbeamte witterte eine „politische Angelegenheit“. Er erklärte Compton, daß er ihm die Sendung aus England erst nach Prüfung durch die Polizei ausändigen könne. Compton verließ die Zollstelle und kam nach einiger Zeit wieder. Als er das Zollamt betrat, erwartete ihn bereits die Kriminalpolizei und brachte ihn per Auto zum Polizeipräsidium. Dort wurde er in einem eingehenden Verhör nach sämtlichen Einzelheiten seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik befragt und sollte Auskunft über Personen geben, mit denen er hier Verbindung aufgenommen hatte. Die Beamten der Kriminalpolizei mußten feststellen, daß sie es keineswegs mit einem Kommunisten zu tun hatten, der im Auftrage seiner Partei Aktionen gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik durchgeführt hat.

Compton gehört keiner Partei an. Er ist Kriegsdienstverweigerer und arbeitet mit vielen Gleichgesinnten aus allen Ländern der Erde zusammen, um den Rüstungswahnsinn zu überwinden. So mußte die Dortmunder Kriminalpolizei Herbert Compton wieder laufen lassen. Aber sie behielt die tausend Flugblätter ein.

Warum sollte dieser in London gedruckte Aufruf der deutschen Bevölkerung vorenthalten werden!

Der Text des Flugblattes, dessen Beschlagnahme unseres Wissens ohne gerichtliche Verfügung erfolgte, sagt inhaltlich nichts anderes aus als das bekannte Flugblatt „Es geht um Mord“, das Herbert Mochalski im vergangenen Jahr herausgebracht hat. Wie erinnerlich, wurde damals dieses Flugblatt beschlagnahmt, später aber wieder freigegeben.

Nun ist freilich nicht nur die Dortmunder Kriminalpolizei im Besitz des britischen Protestaufrufs. Er ist auch schon in anderen Händen, und so kann die deutsche Öffentlichkeit dennoch Kenntnis davon erhalten, was man in Großbritannien drucken kann, aber in der Bundesrepublik nicht lesen soll. Der Text des Flugblattes, den wir auszugsweise wiedergeben, lautet:

Protest gegen den Raketenstützpunkt in Dortmund

Das englische 47. Raketenregiment hat einen Flugplatz in Dortmund in Westdeutschland übernommen. Dieses Regiment wird im Gebrauch von Waffen ausgebildet, die Millionen von Menschen vernichten können.

Man hat den Deutschen vorgeworfen, daß sie gegen Hitlers Konzentrationslager nicht protestiert haben. Die Entschuldigung war: „Wir wußten nichts davon.“ Heute dagegen wissen wir, daß beide Seiten, der Osten und der Westen, sich auf einen Krieg mit atomaren Waffen vorbereiten. Wenn das Raketenregiment in Dortmund je in den Kampf geht, werden innerhalb von Stunden mehr Menschen auf die grauenhafteste Weise umgebracht als in Belsen, Dachau und Auschwitz innerhalb von Jahren. Atomarer Krieg bedeutet furchtbare Qualen, nicht nur Tod.

Es ist an der Zeit, gegen diese neue Gefahr zu protestieren ...

Das Flugblatt gibt nun Einzelheiten über den Marsch Herbert Comptons an und fährt fort: „Das englische und das deutsche Volk, ja die Völker der ganzen Welt, müssen sich im Kampf gegen die Waffen der Menschausrottung vereinen.“

Atomare Waffen bedeuten Massenmord!

Erinnert ihr euch an die Luftangriffe im letzten Krieg — Dresden, Köln, Berlin? Eine Wasserstoffbombe hat **zehnmal soviel Zerstörungskraft als alle Bomben**, die während des letzten Krieges auf Deutschland abgeworfen wurden.

Erinnert ihr euch an Belsen, Dachau, Auschwitz und die anderen Ausrottungslager? Nach dem letzten Krieg wurden führende Nazis für ihren Anteil an diesen Verbrechen hingerichtet. Sie wurden des Völkermordes beschuldigt. — Heute sind die englische und deutsche Regierung an der offenen Vorbereitung zu einem weit größeren Morden beteiligt. Wir, Engländer und Deutsche, müssen uns verbinden, die Ausführung solcher Pläne zu verhindern.

Atomare Waffen sind kein Schutz. Der englische Kriegsminister, Duncan Sandys, hat das zugegeben, aber es ist wohl jedem klar.

Ein Dutzend Wasserstoffbomben würden ganz Großbritannien zerstören. Wenige mehr würden ganz Westeuropa zu einem radioaktiven Massengrab machen. Wenn wir je atomare Waffen gebrauchen, so werden sie auch gegen uns verwendet, wir werden nicht nur Massenmord, sondern auch Massenselbstmord begehen.“

Das Flugblatt setzt sich nun mit der Frage auseinander: „Können atomare Waffen den Krieg verhindern?“ und kommt zu dem Ergebnis, daß die Abschreckungstheorie abzulehnen ist, da Aufrüstung noch nie einen Krieg verhindert, sondern ihn hervorgerufen hat. Es heißt dann weiter:)

„Wir leben fortwährend in einer Kriegsspannung. In den letzten Jahren wäre Krieg beinahe über Suez, Quemoy und den Libanon ausgebrochen. Jetzt ist Berlin das Gefahrenzentrum! Wenn es so weitergeht, ist Krieg unvermeidlich. Ein Zufall könnte zum Krieg führen. Schon zweimal wurden amerikanische Flugzeuge, mit Wasserstoffbomben beladen, gegen Rußland geschickt. Nur im letzten Augenblick hat man sie zurückgerufen, als man sah, daß man nur Radarsignale mißverstanden hatte. Einmal kann es zum Abrufen zu spät sein ...“

Was werden die Russen tun, wenn wir unsere Wasserstoffbomben aufgeben?

(„Die Antwort auf diese Frage wissen wir nicht“, heißt es dann weiter in dem Flugblatt. Aber man dürfe nicht die Schwierigkeiten verkennen, die eine Eroberung und Expansion heute entgegenstehen. Vor allem aber:)

„Rußland braucht Frieden, um sein Wirtschaftsprogramm auszuführen. Abgesehen davon würde es durch Krieg jede Hoffnung der Freundschaft Indiens, der Völker des übrigen Asiens und Afrikas verlieren.“

Selbst wenn die Russen kämen, wäre nicht alle Hoffnung verloren ... Eine Besetzung läßt immer irgendwie Raum für eine bessere Zukunft. In einem atomaren Krieg wird unsere ganze Zivilisation zerstört, und alle Hoffnung ist für immer verloren.“

Ganz Deutschland — und noch viel mehr — ist der völligen Vernichtung geweiht, sobald ein Krieg um Berlin anfängt.

Kein einziges Land sollte atomare Waffen haben.

Selbstverständlich ist es genau so arg für Rußland, diese Waffen zu haben, als für England, Amerika oder irgendein anderes Land.

Aber jedes Volk kann am besten zum Loswerden dieser Mordinstrumente beitragen, wenn es gegen die Politik der eigenen Regierung auftritt.

Komm mit und unterstütze den Protest gegen die Vorbereitungen, die in Dortmund zum Atomkrieg gemacht werden!“

Als Herausgeber zeichnet The Direct Action Committee Against Nuclear War, 344 Seven Sisters Road, London N 4. Entnommen: „Stimme der Gemeinde“

Entspannung fördert deutsche Verständigung

Von Verwaltungsgerichtspräsident i. R. Dr. Friedr. Müller

Referat auf der Präsidiumstagung des Ständigen Kongresses am 4./5. Juli in Kassel

Meine sehr geehrten Damen
und Herren

Man hat die Berlin-Aktion der SU. im November im Westen allgemein so dargestellt, als ob es sich um eine willkürliche Provokation handele, um einen Versuch, die Verhältnisse, die sich nun einigermaßen stabilisiert hätten, mit Gewaltmitteln zu ändern. Ich glaube, daß man damit die wirkliche Lage nicht richtig erkennt. Wenn die Sowjetunion das Berlin-Problem aufgriff, so geschah das nicht nur der offenbaren Unzutraglichkeiten in Berlin wegen, sondern auch deshalb, weil sie die Deutschlandfrage im Hinblick auf die atomare Aufrüstung zu klären beabsichtigt und hofft, durch einen Friedensvertrag mit Deutschland diese ihr sehr unerwünschte Maßnahme zu verhindern. Gleichzeitig allerdings soll auch erstrebt werden, die Position der DDR zu stärken, indem man deren rein tatsächliche Existenz nun auch rechtlich vom Westen anerkannt zu sehen wünscht. Diese beiden Gesichtspunkte sind es, die zu der russischen Aktion den Anlaß gegeben haben. Die SU hat ihren Zweck insofern auch erreicht, als es nun tatsächlich zu Verhandlungen über dieses Problem gekommen ist. Allerdings sind diese Besprechungen, wie wir sie jetzt in Genf erlebt haben, in einer Form geführt worden, die eigentlich von vornherein die Ergebnislosigkeit erwarten ließ, weil man praktisch aneinander vorbei gesprochen hat. Der Sowjetunion kommt es darauf an, den Status Deutschlands in Gestalt eines Friedensvertrages zu klären und zu erreichen, daß die deutschen Teilstaaten als solche anerkannt und endgültig aus den beiderseitigen Militärpakten herausgenommen werden, um auf diese Weise eine quasi neutralisierte Zone in Mitteleuropa zu schaffen bzw. vorzubereiten. Von der anderen Seite, vom Westen her, hat man aber gar nicht die Absicht, nach dieser Richtung hin entscheidende Schritte zu tun, sondern es kommt dem Westen lediglich darauf an, zunächst einmal Vereinbarungen zu treffen, durch die die Spannungen zwischen West und Ost im allgemeinen verringert werden, im übrigen aber die Garantie dafür geschaffen werden soll, daß die Bundesrepublik für die Dauer in das westliche Bündnisystem integriert bleibt und darüber hinaus nach Möglichkeit auch die DDR, die ja in westlichen Augen überhaupt nicht existiert, in dieses System mit einbezogen wird. So kommt es, das in Genf die Verhandlungsziele auf beiden Seiten durchaus verschiedene gewesen sind und noch sind und daß es infolgedessen außerordentlich schwer sein muß, zu einer Verständigung zu gelangen.

Der Westen erschwerte diese Verständigung weiter noch dadurch, daß er seine Vorschläge zu einem sogenannten Paket zusammengefaßt hat, daß er also die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu behandeln wünscht,



Plakatsäule des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ in Frankfurt/Main Hauptwache

In allen Städten der Bundesrepublik sollten solche mahnenden Plakatsäulen stehen. Wir bitten alle örtlichen Ausschüsse, mit den Stadt- bzw. Gemeinderäten Verhandlungen über die Aufstellung an zentraler Stelle zu führen. D. Red.

aber nur unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig allgemeine Grundsätze über die Entspannung ausgearbeitet werden. Die Wiedervereinigungsfrage wiederum liegt der SU nicht in erster Linie am Herzen; denn sie steht ja auf dem Standpunkt, daß darüber die beiden deutschen Staaten selbst sich verständigen müßten und daß es die Aufgabe der Großmächte lediglich sein könne, diese Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten zu fördern und zu unterstützen.

Es ist zuzugeben, daß zwischen der allgemeinen militärischen Entspannung einerseits und der deutschen Wiedervereinigung andererseits unlösliche Zusammenhänge bestehen, aber das darf nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß diese beiden Lösungen gleichzeitig gefunden werden müßten. Das wird höchstwahrscheinlich nicht der Fall sein, sondern die Dinge liegen praktisch so, daß die militärische Entspannung in Mitteleuropa eine Voraussetzung bildet für die spätere deutsche Wiedervereinigung. Die Entspannungsfrage muß also zunächst einmal behandelt werden, ehe man in der Wiedervereinigungsfrage praktisch weiterkommen kann. Das Paket müßte aufgelöst werden, wenn es nicht die Verhandlungen überhaupt blockieren sollte. Es besteht allerdings ein gewisser Verdacht, daß es in Deutschland und auch sonst im Westen, ich nenne besonders Frankreich, Interessenten gibt, die die Blockierung dieser Verhandlungen zur Zeit wünschen. Die französische Regierung sowohl wie die Regierung der Bundesrepublik arbei-

ten darauf hinaus, zur atomaren Aufrüstung zu kommen. Es ist aber ganz klar, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht möglich ist, wenn die Bundesrepublik im Rahmen der NATO atomar auferüstet werden sollte. Man geht aber zur Zeit weder bei der Bundesrepublik noch bei gewissen Stellen der Westmächte von dieser These aus, man will nicht auf die atomare Aufrüstung verzichten, man befürchtet geradezu, daß ein militärisch verdünnter Raum — so wie das etwa im Rapackiplan vorgeschlagen worden ist — in Mitteleuropa geschaffen werden könnte. Deshalb diese Aktion mit dem Paket. Erst wenn man in Einzelfragen weitergekommen ist, kann man hoffen, später auch weitere schwierigere Probleme zu lösen. Nun ist sicherlich ein Vorteil, daß bei den Vorschlägen des Westens in dem sogenannten Herter-Plan zunächst einmal von der Forderung freier Wahlen als Beginn der Befriedigungsaktion Abstand genommen worden ist. Sie ist ja auch ganz offensichtlich unrealistisch, weil man der SU natürlich nicht zumuten kann, daß sie die DDR preisgibt und die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands sich so vollziehen läßt, daß die Bundesrepublik die DDR einfach kassiert. Das wäre vielleicht im Jahre 1952 oder 1954 noch möglich gewesen, wenn man damals auf die Bedingung eingegangen wäre, daß dieses wiedervereinigte Deutschland zumindest nicht in den einen oder anderen Militärpakt einbezogen werden dürfe. Dann hätte damals wahrscheinlich die SU eine gesamtdeutsche Abstimmung als Grundlage der Wieder-

Entschließung der Präsidiumstagung des Ständigen Kongresses

vereinigung gelten lassen. Nachdem aber in Beantwortung der Staatswerdung der Bundesrepublik auch die DDR zu einem Staat gemacht worden ist, kann es zwischen diesen beiden deutschen Staaten vernünftigerweise und nach völkerrechtlichen Grundsätzen nur Verhandlungen auf Grundlage der Gleichberechtigung geben, und die Sowjetunion müßte sich selbst im Grundsätzlichen desavouieren, wenn sie von dieser Forderung Abstand nehmen würde.

Die westlichen Vorschläge erkennen jetzt immerhin die Tatsache an, daß man nicht von heute auf morgen durch einen Wahlakt diese beiden deutschen Staaten miteinander verschmelzen kann. Das ist bei der absolut divergierenden Entwicklung, die sich in West und Ost vollzogen hat, praktisch einfach nicht vorstellbar. Aber wir werden sehen, daß die Vorschläge letzten Endes doch, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, auf dieses Resultat hinauslaufen.

Der Herter-Plan sieht vier Stufen der Entwicklung vor, wobei in der ersten Stufe zunächst einmal die Berlinfrage in dem Sinne geregelt werden soll, daß West- und Ostberlin unter Aufsicht freie Wahlen gemeinsam durchführen sollen. Die 4 Mächte sollen diese freien Wahlen überwachen, und es soll dann eine vereinte Stadt Gesamtberlin gebildet werden, deren Freiheit ebenso wie der freie Zugang der Mächte zu dieser Stadt garantiert werden soll. Da natürlich kein Zweifel daran bestehen kann, wie solche Wahlen in Berlin ausfallen würden, wird damit praktisch von der DDR die Preisgabe ihrer derzeitigen Hauptstadt Ostberlin verlangt, worin eine wichtige einseitige Konzession des Ostens läge.

Ich persönlich bin der Meinung, daß es richtig wäre, Berlin wieder zu vereinigen; denn das, was sich augenblicklich in Berlin tut, ist eine Absurdität.

... Wir alle wissen ja, mit welchen häßlichen und auf die Dauer unerträglichen Begleitumständen die jetzige Isolierung Westberlins verbunden ist, so daß es absolut verständlich ist, wenn die DDR den Wunsch hat, sie lieber heute als morgen beseitigt zu sehen. Aber wenn wir diese Einheit der Stadt wieder herstellen, sei es, daß die UNO sie zu ihrem Sitz bestimmen und internationalisieren würde oder in irgendeiner anderen Form, dann müßte doch zumindest als Gegenleistung die Garantie dafür gegeben werden, daß die DDR als gleichberechtigter Staat neben der Bundesrepublik solange besteht, bis durch freie Vereinbarungen zwischen diesen beiden Staaten wieder ein einheitliches Deutschland hergestellt wäre. Davon ist aber bisher niemals die Rede gewesen.

Für die zweite Stufe des Planes ist die Bildung eines gemischten deutschen Ausschusses vorgeschlagen worden, der sich aus 25 Mitgliedern Westdeutschlands und 10 Mitgliedern Ostdeutschlands zusammensetzen soll. Der Grundsatz der Parität wird also vereinigt, von dem ich vorhin schon sagte, daß er nach der Entstehung zweier Staaten die nun einmal da sind, unab-

In der ersten Phase der Genfer Konferenz ist es noch nicht zu konkreten Vereinbarungen gekommen. Dennoch stellt Genf eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Beendigung des kalten Krieges dar. Durch die Verhandlungen wurden wesentliche Voraussetzungen für konstruktive Lösungen geschaffen:

1. Die USA, Großbritannien und die UdSSR sind entschlossen, die weltpolitischen Probleme durch Verhandlungen zu lösen.
2. Die USA, Großbritannien und die UdSSR sind entschlossen, die Möglichkeiten der Bildung einer Zone beschränkter Rüstung in Mitteleuropa ernsthaft zu prüfen.
3. Die USA, Großbritannien und die UdSSR sind entschlossen, die Voraussetzungen für die endgültige Einstellung der Kernwaffenversuche zu schaffen.
4. Die Westmächte sind bereit, Vorschläge zu einer Auflockerung des Status von Berlin zu diskutieren.
5. Die Westmächte haben bei den Verhandlungen die DDR de facto als zweiten deutschen Staat anerkannt. Der amerikanische Außenminister hat zugleich die These, daß die Bundesrepublik die alleinige Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches sei, aufgegeben. In allen westlichen Vorschlägen ist auch von Kontakten zwischen den beiden deutschen Staaten die Rede.

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ bedauert es, daß die Bundesregierung keinen der angedeuteten Ansatzpunkte aufgegriffen hat. Sie isoliert sich von ihren Verbündeten immer mehr, weil sie sich nicht entschließen kann, auf die Politik der Stärke zu verzichten. Der Bundeskanzler hat seinen beabsichtigten Rücktritt widerrufen, um eine längst verlorene Position zu retten.

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ stellt fest, daß sich die USA und Großbritannien in wesentlichen Punkten der Auffassung der westdeutschen Opposition angenähert haben. Wir appellieren deshalb an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Freie Demokratische Partei, bei allen Außenministern vorstellig zu werden und ihnen die Pläne zur deutschen Wiedervereinigung, hinter denen ein großer Teil der bundesdeutschen Bevölkerung steht, zu unterbreiten.

Wir fühlen uns durch den Verlauf der Verhandlungen ermutigt, mit verstärkter Intensität für den Verzicht der Bundesrepublik auf atomare Aufrüstung, für ein Disengagement in Mitteleuropa und für die Einstellung der Kernwaffenversuche einzutreten.

Die Behandlung des Deutschlandproblems in Genf hat deutlich erkennen lassen, daß die Initiative zur Wiedervereinigung bei den beiden deutschen Staaten liegen muß. Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ fordert erneut die Bildung einer gesamtdeutschen Kommission, gesamtdeutsche Beratungen über einen Friedensvertrag und eine Regelung des Status von Berlin.

dingbar sein muß. Der Ostblock wird sich unter gar keinen Umständen darauf einlassen, von dem Grundsatz der Parität abzuweichen, auch wenn in diesem Ausschuß die Möglichkeit eines Vetos für die 10 Mitglieder, die die DDR bestimmt, gegeben wäre. Denn mit diesem Veto würde, von grundsätzlichen Bedenken abgesehen, die DDR zumindest das Odium auf sich laden, immer wieder der Nein-Sager zu sein. Unter solchen Umständen würde auch eine Verständigung über wesentliche Fragen überhaupt nicht zu erzielen sein, es würde lediglich ein Debattierklub entstehen, der zu keinen praktischen Ergebnissen käme. Die 35 Mitglieder sollen die Aufgabe haben, für vermehrte technische Kontakte, für die Freizügigkeit zwischen Ost und West und für die Achtung in beiden Staaten zu sorgen. Sie sollen dafür Gesetze ausarbeiten, die allerdings nur mit Dreiviertelmehrheit angenommen werden könnten, und es soll letztlich auch ein Gesetz für freie und geheime Wahlen unter unabhängiger Kontrolle für ganz Deutschland entworfen werden. Hier wird die Einräumung des Vetos für den Osten bewußt durchbrochen. Es ist nämlich vorgesehen, daß über das Gesetz für

freie und geheime Wahlen ein Volksentscheid stattfinden soll. Würden sich die Delegierten des Westens und des Ostens auf ein solches Gesetz einigen, dann wäre dagegen nicht viel einzuwenden. Aber auch für den Fall, daß eine Einigung nicht zustandekommt, soll dieser Volksentscheid stattfinden, nur sollen dann zwei Entwürfe zur Wahl gestellt werden. Da nun die Majorität ohne weiteres beim Westen liegt, kann wiederum nicht zweifelhaft sein, wie dieser Volksentscheid ausfallen würde. Es würde also ein Wahlgesetz zustandekommen, von dem wiederum das Ergebnis der Wahlen im voraus bestimmt wird; denn das von den westlichen Delegierten entworfene Wahlgesetz wird natürlich so abgefaßt sein, daß es auch das Wahlergebnis im westlichen Sinne sichert. Beachtlich ist schließlich noch, daß die Mitglieder dieser gesamtdeutschen Kommission nicht gewählt, sondern ernannt werden sollen; sie sind also lediglich Organe der beiderseitigen Regierungen. Das soll auf Wunsch der Bundesregierung auch deswegen beschlossen worden sein, um den sozialdemokratischen Einfluß nicht zur Wirkung kommen zu lassen, sondern von vornherein zu gewährleisten, daß die

Bundesregierung allein die Leute in diese Kommission entsendet, die ihr genehm sind, d.h. also Leute, die unter gar keinen Umständen bereit sein werden, an den Osten irgendwelche Konzessionen zu machen.

Es ergab sich im Verlauf der Verhandlungen, daß eine Einigung über das Paket nicht möglich war. Man ist davon abgekommen und hat nur versucht, das Berlinproblem als solches und isoliert zur Erörterung zu stellen. Wie ich schon sagte, konnte man auch damit zu einer wirklichen Lösung nicht kommen, weil der Zusammenhang ja untrennbar ist. Man könnte in bezug auf Berlin höchstens einen vorübergehenden modus vivendi vielleicht ausmachen, der aber keine endgültige Lösung darstellen kann. Die Gefahr, in der wir uns nunmehr befinden, besteht nach meiner Auffassung darin, daß die Sowjetunion nicht geneigt scheint, die Verhältnisse beim alten zu lassen. Sie will insbesondere den Status Berlins in irgendeiner Form geregelt sehen und will auch in der Deutschlandfrage weiterkommen. Es sprechen starke Prestige Gründe hier mit. Gewiß hat die Sowjetunion sie gefordert, daß ihre Vorschläge so angenommen werden mußten wie sie sind. Sie kann aber nicht ohne Prestigeverlust einfach verzichten. Sie wünscht irgendeinen Fortschritt auch vor allem deshalb, weil sie die Atomaufrüstung der Bundesrepublik fürchtet. Sie hat Möglichkeiten wie etwa den separaten Friedensschluß mit der DDR in der Hand. Es ist durchaus denkbar, daß sie von diesen Möglichkeiten, die ja zunächst keine militärischen Maßnahmen erfordern, Gebrauch macht, und damit die DDR in die Lage versetzt, Kontrollmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, wenn der Westen die weitere Verbindung mit Berlin aufrechterhalten will. Dabei könnte es sehr leicht zu gefährlichen Konflikten militärischer Art kommen. Deshalb glaube ich, daß es vor allem erforderlich ist, auf militärischem Gebiet gewisse Verständigungsmöglichkeiten zu suchen, insbesondere zunächst einmal einen Atomstopp herbeizuführen. Ich möchte meinen, daß hier die Interessen des Atomklubs in gewisser Hinsicht konform laufen. Der Atomklub kann vernünftigerweise nicht daran interessiert sein, daß weitere Mächte sich in den Besitz der Atomwaffen setzen. Wenn erst die Franzosen, die Bundesrepublik und vielleicht dann China oder auch die DDR im Besitz von Atomwaffen sind, dann ist das Risiko, daß von irgendeiner Seite einmal eine grandiose Dummheit begangen wird, außerordentlich groß. Und man sollte deshalb meinen, daß die drei Weltmächte — ich rechne Großbritannien mit ein — ein gemeinsames Interesse daran haben müßten, den Atomstopp durchzuführen und auf diese Weise wenigstens zu erreichen, daß die Atomaufrüstung der anderen Staaten unterbleibt. Damit könnte der Versuch Hand in Hand gehen, in den konventionellen Waffen zu einer Begrenzung zu kommen und in Mitteleuropa eine Zone verringerter Rüstungen zu schaffen. Wir würden dann vielleicht die Möglichkeit vor uns sehen, den Rapackiplan oder einen ähnlichen Plan der Verdünnung der militärischen Rüstungen Europas zu erreichen. Das scheint mir im Augenblick noch der Weg zu sein, der uns am

ehesten vorwärtsbringen könnte und der geeignet wäre, ohne Prestigeverlust für die eine oder andere Seite eine Verringerung oder Beseitigung der augenblicklichen Kriegsgefahr zu ermöglichen. Die Schaffung einer Friedenszone in Mitteleuropa würde dann aber die günstigste Voraussetzung auch für den Gedanken der deutschen Wiedervereinigung bilden, wobei ich mir der innerdeutschen Schwierigkeiten, die da entstehen, durchaus bewußt bin. Es wird sehr schwer halten, nachdem sich die beiden deutschen Teilstaaten so weit auseinandergeliebt haben, hier wieder Brücken zu schlagen und zu einer echten Verständigung zu kommen. Das kann aber nur geschehen, wenn wir dabei unbedingt von dem Grundsatz der Parität zwischen den beiden Staaten ausgehen, wenn wir die Tatsache als gegeben hinnehmen, daß nun einmal zwei deutsche Staaten vorhanden sind, mögen wir daran Freude haben oder nicht. Man darf nicht Politik von Fiktionen aus machen und es ist eine reine Fiktion, wenn man heute noch in Westdeutschland und bei den Westmächten

den Standpunkt vertreten zu können glaubt, daß die DDR ja eigentlich gar nicht vorhanden sei. Die Anerkennung der beiden deutschen Staaten als eine gegebene Tatsache ist die Voraussetzung für jede vernünftige Verhandlung auch über das Problem der deutschen Wiedervereinigung. Zum anderen, wie gesagt, ist unerlässlich eine Entspannung in Mitteleuropa sowohl auf atomarem Gebiet als auch in bezug auf die konventionellen Waffen. Nur wenn man sich dazu durchringt, diese Tatsachen zu sehen und wenn man bei uns in Westdeutschland den unfruchtbarsten Standpunkt aufgibt, daß man die DDR ohne weiteres sich einverleiben könne, nur dann, glaube ich, besteht die Möglichkeit neue Entwicklungen anzubahnen und praktisch sowohl in bezug auf die Befriedigung der Welt als auch in bezug auf die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes weiterzukommen. Unsere Aufgabe muß darin bestehen, diese Gedanken immer und immer wieder ins Volk hineinzutragen und zu versuchen, für sie endlich Verständnis zu erzielen. Aus Platzmangel gekürzt. D. Red.

Luftschutz — frevelhafte Spielerei

Eine Reihe von evangelischen Pastoren haben in Hessen folgendes Flugblatt verbreitet:

In der DDR und in der Bundesrepublik wird der sog. Luftschutz erneut organisiert. Dieser angebliche Schutz vor Luftangriffen war bekanntlich schon im 2. Weltkrieg eine Illusion und Irreführung. Gegen Bombenteppiche waren die Betroffenen wehrlos.

Unter den heutigen Bedingungen der sog. ABC-Waffen sind Luftschutzvorbereitungen nach dem Urteil von Ärzten und Biologen „frevelhafte Spielerei und Vortäuschung einer nicht gegebenen Sicherheit“. Das britische Weißbuch 1957 über Umrüstung erklärt deswegen: „Es muß offen zugegeben werden, daß es einen wirklichen Schutz der Bevölkerung Großbritanniens gegen einen Angriff mit atomaren Waffen nicht gibt.“ Es erscheint uns unverantwortlich, daß trotz der Aussichtslosigkeit und der Irreführung der Bevölkerung durch diese Maßnahmen die Behörden in Deutschland unausgesetzt am Wiederaufbau des „Luftschutzes“ arbeiten. So liegt den Gemeinden in Hessen ein rot umrandeter „Schnellbrief“ des Innenministers vom 29. 4. 1959 vor, in dem der Ausbau des „örtlichen Alarmsystems“ nahegelegt wird. Die alten Luftschuttsirenen sollen wieder in standgesetzt oder neue angefordert werden. Entstehen soll ein „akustisches Alarmsystem“ im ganzen Land, das „bald eine Notalarmierung ermöglichen wird“.

Diese erneute Vorbereitung von Luftschutzübungen muß je länger desto mehr eine gefährliche Psychose in der Bevölkerung erzeugen und stellt eine unbedenkliche praktische Kriegsvorbereitung dar. Unter der Bezeichnung „Luftschutz“ wird wiederum der Weg in die Schutzlosigkeit und Zerstörung beschritten.

Wir sind entsetzt, daß der hessische Innenminister sich zu solchen Aktionen hergibt, und wir warnen ihn und alle Beteiligten vor der Fortsetzung dieses Tuns. Das Gutachten der Biologen und Ärzte wiederholen wir: „So-

lange keine genauen Kenntnisse über verträgliche Dosen und wirkliche Schutzmöglichkeiten vorliegen, ist Luftschutzvorbereitung frevelhafte Spielerei und ein Vortäuschen einer nicht gegebenen Sicherheit.“

Frankfurt am Main, den 29. 6. 1959
gez.: **Grißhammer, Pfarrer, Hitzkirchen**

Sieber, Pfarrer, Bleichenbach
Vollrath, Pfarrer, Gießen
Schnarrenberger, Pfarrer, Usenborn
Schlunk, Pfarrer, Dudenrode
Wiegand, Diakon, Kirchhain
Heinrich Rudolf, Kirchhain
K. H. Hartmann, Frankfurt a. M.
Müller, Pfarrer, Hartershausen
Tiedtke, Pfarrer, Frankfurt a. M.
Weber, Pfarrer, Sprendlingen
Ohly, Pastor, Frankfurt a. M.
Treblin, Pfarrer, Alzey
Zimmermann, Diakon, Kirchhain
Eduard Dannemann, Frankfurt a. M.

Conradi, Pfarrer, Ewersbach

Gelnhausen, den 30. 6. 1959

gez.: **Günter Hempel - Egon Adamek - Hans Sommer - Erich Wettig - Alfred Pflügner - Jakob Häffner - Heinz Semmel**



Plakatsäule des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ in Frankfurt/Main — Hauptwache

Davon muß auch in der Schule gesprochen werden!

Von Werner May, Pfarrer emer.

Schulbehörden und Presse fordern in immer stärkerem Maß, daß die Schule der Gegenwart die jüngste deutsche Geschichte, gemeint ist in Wahrheit die nationalsozialistische Zeit in ihrem Wesen, in ihrer Dämonie, in ihrem zerstörenden Prinzip der Schuljugend aufgezeigt wird. Es ist richtig und berechtigt, Geschichte zu lehren —, nicht nur als eine gleichgültige Bilderfolge sondern als Stimme geistesgeschichtliche Tatsachen, aus denen der reife Mensch lernen, daran er seine Kritik und seine Urteilskraft schärfen soll. Es wäre aber völlig verfehlt und rein tendenziös, eine den Nationalsozialismus verdammende Lehrerschaft vor die Schüler zu stellen, ohne gleichzeitig zu fordern, daß das Wesen geschichtlicher Dämonie als Feind der menschlichen Gesellschaft erkannt und auch auf die Gegenwart und Zukunft bezogen wird. Man kann nicht einfach den Nationalsozialismus als das zerstörende Element lehren und schamhaft verschweigen, daß die Welt um uns her, die östliche und auch die westliche bereit ist, unter Umständen mit Atomwaffen dämonische Ereignisse heraufzubeschwören, die den absoluten Charakter des Verbrecherischen an sich tragen. Eine Atombombe starten heißt: Unzählbare Menschen auslösen, die mit Krieg nichts zu tun haben, Frauen, Kinder, Alte, Kranke, heißt: Landschaften verpesten, Erde verwüsten, heißt: alle Gebote mißachten, die auch nur mit dem primitivsten christlichen Glauben verbunden sind. Das muß den Kindern in der Schule gesagt werden. Sie müssen innerlich gewappnet sein und gefestigt, bereit, abzulehnen und zu verachten, was ein Totalverbrechen ist, auch dann, wenn es von Politikern gewünscht und geplant, wenigstens aber vorbereitet wird, die sich der christlichen Religion als zugehörig glauben. Als evangelischer Religionslehrer an einer westdeutschen Schule habe ich es als meine moralische Pflicht als Christ und Historiker angesehen, im Unterricht von diesen Dingen zu reden. Ich habe daher in den oberen Klassen aus dem Buch von Fernand Gigon „Ich habe Hiroshima gesehen“ vorgelesen. Und ich bin überzeugt, daß der erschütternde Eindruck, den die einzelnen menschlich ergreifenden Kapitel auf die Schüler und Schülerinnen gemacht haben, ein heilsamerer war, als wenn ich mit Erklärungen des 5. Gebotes unseres Katechismus in konventionell-traditioneller Weise gesprochen hätte. Kinder, die von den Verbrechen nationalsozialistischer Zeit unterrichtet werden sollen, müssen wissen, daß es außerhalb des Nationalsozialismus Unmenschlichkeiten und Grausamkeiten christlicher Diplomaten und Militärs gegeben hat und unter Umständen geben kann, die uns vor Entsetzen den Mund verschließen. Es ist wichtig, daß solche Kinder erfahren, daß Einstein von der amerikanischen Regierung glatt betrogen worden ist, daß man das Wort brach, das man ihm gab, alle kriegführenden Nationen zu einem Atomversuch einzuladen, damit

alle kriegführenden Nationen in der Einsicht des Schrecklichen vom Kriege ließen.

Es ist wichtig, daß unsere Kinder erfahren, was Oberstleutnant Thomas W. Ferebee, Spezialist in der Zentrale des NATO-Luftwaffenkommandos in Fontainebleau, einer japanischen Studentin antwortete, die ihn angefragt hatte, warum er denn die Atombombe nicht in den erloschenen Krater des Fudschijama geworfen habe. Die amerikanische Antwort mußte geradezu auswendig gelernt werden:

„Ich hatte eine klar umrissene Aufgabe durchzuführen. Ich habe sie durchgeführt. Ich hatte einen Befehl zu befolgen. Ich habe ihn befolgt.“ und weiter: „... als ich durch die zerstörte Stadt ging, hatte ich nur den einen Eindruck: Good job! Mit anderen Worten: ich hatte meine Sache gut gemacht.“ Dazu Oberstleutnant Kermit Beaham, der über Nagasaki die zweite Bombe abwarf; auch diese Worte sollten auswendig gelernt werden und den Kindern genauso im Bewußtsein stehen wie Darstellungen nationalsozialistischer Greuel: „Was geschehen ist, ist geschehn. Sinnlos, sich darüber auszubreiten. Ich habe nicht den geringsten Grund, meine Handlungsweise zu bereuen.“

Und dies: „Moralische Überlegungen sind ein Luxus.“

Nach diesen einleitenden Feststellungen sollte man dann die einzelnen Erlebnisse lesen, die in diesem ebenso erschreckenden wie notwendigen Buche stehen. Das Sterben der vier Gymnasiasten vor ihrer Schule; wie Kinder die Hölle sahen; die Fahrt des Glücksdrachen; und alles andere. Wenn die Kirchen aller Konfessionen sich in den Dschungel dialektischer Ja- und Nein-Theologie zurückziehen und nicht den Mut besitzen, klipp und klar zu erklären, daß alle Postulate des Neuen Testaments im unbedingten Widerspruch zu dem stehen, was an Dämonie, Grausamkeit und Unmenschlichkeit, an Gefahren und Schändung der Schöpfung Gottes mit der Atombombe verbunden ist; wenn man meint, durch eine Geschichtsdarstellung der nationalsozialistischen Zeit ablenken zu können und nicht genötigt zu sein, in Lehre und Erziehung die Konsequenzen zu ziehen, dann sollten alle Lehrer der christlichen Moral, denen das „C“ des Glaubens mehr als ein Vorhängeschild ist, nach diesem Buche greifen und um der Wahrheit willen, um des Glaubens und um des Gewissens willen daraus lesen.

Wenn in der Schule die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges heraufbeschworen werden, die Zeiten der großen Unruhe nach 1914, wenn immer wieder auch von den Aufständen in Berlin und Ungarn, vom Prinzip des Bolschewismus gehandelt wird, dann sind wir es vor Gott und der Welt den uns zur Erziehung anvertrauten Kindern schuldig, daß wir ihnen an Hand eines solchen Buches sagen: Das darf nie mehr geschehen. Solche Sünde darf

nicht wiederholt werden. Solch ein Tun ist mit keinem Wort der heiligen Schrift zu rechtfertigen. Es wäre nur zu wünschen, daß das Buch Fernand Gignons in einer so billigen Ausgabe herauskäme, daß auch der ärmste Schüler sie sich kaufen kann. Er sollte dies Buch zu seiner Bibel und zu seinem Katechismus legen.

Hier liegt eine sehr schmerzliche Aufgabe des Erziehers. Aber er muß sie erfüllen. Mit jedem Atompilz, der heute „nur“ (!) als Versuch über dieser gequälten, verängstigten Erde aufsteigt, sollte dem Bewußtsein der heranwachsenden Generation das Verbrecherische dieser Waffe eingepreßt werden. Der Tag der Zerstörung Hiroshimas sollte ein staatlicher Feiertag werden, ein Tag schamvollen Besinnens, ein Tag des Gelobens, ein Tag wirklicher Kultur. Mit der gleichen erbarmungslosen Methode der Wiederholung, mit der ein großer römischer Staatsmann seinen Bürgern mit jeder Rede einprägte: „Übrigens meine ich, daß Karthago zerstört werden muß“, müßte jeder christliche Lehrer seinen Unterricht mit den Worten schließen: Denkt an Hiroshima!“

Fernand Gigon „Ich habe Hiroshima gesehen“ Kindler-Verlag, München

Gedenket Eurer Menschlichkeit

Hier also ist das Problem, das wir Euch vor Augen stellen, starr, furchtbar, unausweichlich:

Sollen wir die menschliche Rasse ausrotten

oder

soll die Menschheit auf Krieg verzichten?

Die Menschen wollen diese Alternative nicht sehen, weil es so schwer ist, den Krieg abzuschaffen. Wenn wir recht wählen, liegt vor uns ein unablässiger Fortschritt in Glück, Wissen und Weisheit. Oder wollen wir statt dessen den Tod wählen, weil wir unsere Streitigkeiten nicht vergessen können?

Als Menschen rufen wir den Menschen zu: Gedenket Eurer Menschlichkeit, vergeßt alles andere!

Wenn Euch das gelingt, liegt der Weg zu einem neuen Paradies vor Euch. Wenn es Euch nicht gelingt, begeben Ihr Euch in die Gefahr der allgemeinen Vernichtung.

Juli 1955

Albert Einstein

Percy W. Bridgman, Leopold Infeld, Herman J. Muller, Cecil F. Powell, Joseph Rotblat, Bertrand Russell, Hideki Yukawa, Frédéric Joliot-Curie

„Damit wir von der Atompest genesen“

„Atomarzt Dr. Schmidt appelliert an Europarat“

Der als „Atomarzt“ bekannt gewordene praktische Arzt Dr. Siegmund Schmidt aus Vörden bei Osnabrück hat an die Europäische Kommission für Menschenrechte in Straßburg am 6. Juli 1959 folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Präsident!

Da die Bundesregierung nach Artikel 46 die Tätigkeit Ihres Gerichtshofes für Menschenrechte anerkannt hat und von mir gemachte ähnliche Versuche in der Bundesrepublik ergebnislos waren (z. B. erklärte der Bundesgerichtshof sich für meine Fragen der radioaktiven Verseuchung der Menschen durch die Atombombenversuche für nicht zuständig, und die Bundesregierung erklärte, daß sie in der Frage der Bedrohung der menschlichen Gesundheit nichts unternehmen könne, da sie nicht Mitglied der UNO sei), stelle ich hiermit den Antrag, daß der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sofort, für immer und auch in allen Höhen, die Atombombenversuche wegen der Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte über die UNO — Den Haag — Rotes Kreuz — Genfer Konvention — als verboten und gegen die Menschenrechte verstößend erklärt werden.

Nach § 2 Ihrer Konvention hat jeder einzelne Mensch ein Recht auf den Schutz des Lebens, und das Leben wird daher von Ihnen geschützt. Ich selbst fühle mein Leben bedroht! Da ich, nachdem ich in Genf die Delegationen der Außenminister besucht und meine Sorgen betreffs der großen Gefährdung unseres Lebens durch die radioaktive Verseuchung vorgetragen habe, jedoch einsehen mußte, daß man nur wenig für die menschlichen Belange übrig hat (jeder mißtraut dem anderen und vergißt das höhere Ziel — die Rettung des Lebens!), muß jetzt an den Schutz des Lebens der Menschen gedacht werden. Ich trug die Sorgen über die radioaktive Verseuchung der Nordsee durch den hineingeworfenen Atom Müll — über die radioaktive Verseuchung der Welt, über die radioaktive Verseuchung Europas durch Atombombenversuche in der Sahara und die Gefahr der Verseuchung Ägyptens, des Iraks usw. vor. Als Beweis führte ich die persönlichen Aussprachen und Schreiben von Prof. Pauling, Nobelpreisträger, USA, an. Nach seinen wissenschaftlichen Forschungen und Berechnungen ist bis jetzt durch die durchgeführten Atombombenversuche ca. 150 Millionen Tonnen Atom Müll erzeugt worden, der einer Explosionsenergie von 50mal aller Sprengstoffe, die während des zweiten Weltkrieges verwendet wurden entspricht. Allein das radioaktive Spaltprodukt Cäsium 137 hat nach seiner Berechnung bis jetzt 140 000 Kinder schwerstens geschädigt, so daß sie ihr Leben im Irrenhaus beenden müssen!

Dazu kommt die Wirkung des radioaktiven Kohlenstoffes C 14 aus den Atombombenversuchen in der ganzen Welt, wodurch weitere 1 250 000 Kinder auf der ganzen Welt zum Siechtum verurteilt wurden. Eine Million Menschen werden zusätzlich durch diese Versuche noch an Krebs sterben. Dazu kommt noch die Wirkung des Strontium 90, das ja bekanntlich vor den Versuchen noch nicht in den Knochen vorhanden war und Knochen-

krebs und Leukämie erzeugt. Durch S. 90 werden außerdem 140 000 Menschen an Leukämie sterben! Bis jetzt müssen also durch die bisherigen Atombombenversuche etwa 2 530 000 Menschen sterben oder werden so geschädigt, daß sie frühzeitig sterben müssen.

Da in der Bundesrepublik auch die radioaktive Verseuchung des Regenwassers (Beweis Verseuchung des Regenwassers auf der Insel Saltholm — Regenwassertrinken wurde durch die dänische Regierung verboten) ansteigt (sie ist 60mal höher, als die Festsetzung durch Euratom zuließ) und bei den Kontrollen feuerbestatteter Kinder sich der Beweis der Strontiumanreicherung in Knochen ergab (und auch die UNO-Expertenkonferenz die obigen Zahlen von Prof. Pauling bestätigte), bitte ich um dringende Befürwortung meines Antrages.

Die Ehrfurcht vor dem Leben muß jetzt höher stehen als alles andere, ehe es zu spät ist! Es besteht höchste Gefahr für das Leben der Menschheit! Die Atombombenversuche in größeren Höhen sind nach Aussage von Prof. Pauling gefährlicher als die bisherigen, da der Atom Müll über weit größere Gebiete der Erde verbreitet wird! Dadurch ist das Leben aller Menschen bedroht! Das Leben jedes einzelnen Bürgers und Menschen auf der Erde ist schwerstens gefährdet, und es ist daher Pflicht für Sie, verehrter Herr Präsident, daß Sie hier eingreifen. Alle Völker der Erde müssen jetzt handeln. Es wird sich zeigen, wer es ehrlich mit der Gesundheit der Menschen meint. Das Kuratorium Osnabrück, der Heimkehrerverband, die europäische Vereinigung der Naturärzte, die 50-Millionenbewegung der World Cultural Council usw. unterstützen meinen heutigen Schritt der Anrufung Ihres Gerichtes, damit die Welt endlich von der Atompest genesen kann.

Denken wir ständig an die Opfer von Hiroshima!

Mit den ergebensten Grüßen
Ihr
(gez.) Dr. Schmidt

UNSERE BUCHKRITIK

REIMAR LENZ

Die Atomrüstung und der Intellektuelle

Ansgar Skriver Verlag, Berlin-Dahlem.
56 Seiten, 2,40 DM.

Schade, daß diese Schrift, die so viel Wertvolles an Material wie an Beurteilung und solch ernsthafte Rufe an alle Verantwortlichen enthält, nicht in einem schlichteren, lesbareren Stil geschrieben ist. Die unnötigen Fremdwörter prasseln nur so auf den Leser herab, gelegentlich auch noch falsch angewendet; so bedeutet beispielsweise das Wort „realisieren“ in der deutschen Sprache nun einmal verwirklichen und nicht wie im Englischen das entsprechende Wort „realize“ einsehen, klar erkennen, sich vergegenwärtigen. Ob nicht jemand dem Verfasser und dem Verlag den Dienst erweisen könnte, das nicht umfang-, aber inhaltsreiche Heft zu „ver-deutschen“?

Einstweilen sei es trotz des genannten Mangels zu ernsthaftem Studium warm empfohlen.

Rudi Daur

ROBERT TRUMBULL

Wie sie überlebten

155 Seiten, 9,80 DM.
Econ-Verlag, Düsseldorf

Dieses Buch ist ein Erlebnisbericht von neun Japanern, die innerhalb von drei Tagen zweimal durch die Hölle gegangen sind: erst in Hiroshima und dann in Nagasaki. Als Bürger von Nagasaki waren sie in Hiroshima dienstverpflichtet, und nach der Zerstörung Hiroshimas (6. August 1945) führen sie nach Hause zurück, um die Vernichtung Nagasakis (9. August 1945) auch am eigenen Leibe zu erleben.

Der Bericht der neun Überlebenden ist nüchtern, sachlich, distanziert. Das ist auch verständlich, denn zwischen Erlebnis und der Wiedergabe liegen 12 lange Jahre. Inzwischen haben sie

ja vieles vergessen und noch mehr in ihrer Erinnerung sublimiert. Ganz anders hören sich dagegen die Aufzeichnungen von Dr. med. Michiliko Hachiya — Direktor eines Krankenhauses in Hiroshima — an, der auch lebte, der jedoch seine Erlebnisse unmittelbar in seinem „Hiroshima-Tagebuch“ niederschrieb.

Der Verfasser neigt zwar dazu, die Strahlenwirkung und die Erbschäden der beiden Bomben zu bagatellisieren, sein Buch ist aber trotzdem sehr interessant, weil wir daraus etwas auch über Nagasaki erfahren, darunter auch die Tatsache, daß in einer einzigen Schule der Stadt — die Shizoyama-Schule — 28 Lehrer und mehr als 1300 Schüler beim Bombenangriff den Tod fanden. Dabei waren die „Atombomben“ von Hiroshima und Nagasaki ein „Kinderspiel“ im Vergleich zu den Wasserstoffbomben von heute, deren Sprengwirkung 2000mal größer ist.

T. M.

RALPH E. LAPP

Die Reise des glücklichen Drachen

Econ Verlag, Düsseldorf, 12,80 DM
Dies ist der Bericht von der Fahrt des „glücklichen Drachen“, des japanischen Fischerbootes, das am 1. März 1954 in den radioaktiven Staubregen der Wasserstoffbombe im Bikini-Atoll geriet.

Der amerikanische Wissenschaftler Dr. Lapp hat 3 Jahre danach mit seiner Frau eine Reise nach Japan gemacht und hat sich an Ort und Stelle auf Grund von Gesprächen mit den 23 beteiligten Fischern (d. h. einer war inzwischen gestorben), den Ärzten und Wissenschaftlern genau über den ganzen tragischen Verlauf informiert.

Die Ereignisse beginnen damit, als ein Fischer einen glühenden Ball am Horizont entdeckt und erschreckt ausruft: „Die Sonne geht im Westen auf!“ Dann erfolgt das Niederfallen des weißlichen Staubes. Die Wirkung dieses radioaktiven Staubes macht sich gleich bemerkbar: Die Männer ermü-

Gemeinsame Interessen

Der Münchner Zeitschrift „Die Kultur“ entnehmen wir folgende Auszüge eines Artikels von Bertrand Russell:

- Ein großräumiger Kernkrieg wäre nicht nur für die Kriegsführenden, sondern für die gesamte Menschheit ein furchtbares Unglück und würde keinem einen Vorteil bringen.
- Falls ein kleiner Krieg ausbricht, besteht die große Gefahr, daß er sich in einen Weltkrieg verwandelt, und bei vielen kleinen Kriegen wäre die Gefahr eines Weltkrieges schließlich unvermeidlich.
- Wenn man sämtliche existierenden Atomwaffen vernichtete und zugleich Abmachungen träfe, daß keine neuen mehr hergestellt werden dürften, dann würde jeder zu gewärtigende Krieg dennoch über kurz oder lang wieder zu einem Atomkrieg werden, so wie die Kriegsführenden über genug Zeit verfügten, die verbotenen Waffen wieder herzustellen.

Aus diesen drei Thesen folgt: Wenn wir unvorstellbaren Katastrophen entgehen wollen, müssen wir einen Weg finden, alle Kriege zu vermeiden, ganz gleich, ob sie groß oder klein und ob sie ursprünglich mit konventionellen Waffen geführt werden oder nicht...

Was sowohl der Osten als auch der Westen zu beherzigen hätte, wäre folgendes: Jede Seite hat ihre eigenen vitalen Interessen, die sie nicht opfern möchte. Keine Seite kann aber die andere besiegen ohne dabei selbst zerstört zu werden. Die Interessen, in denen beide Seiten miteinander kollidieren, sind wesentlich unbedeutender als die, in denen alle miteinander übereinstimmen. Das erste aber und Wichtiges ihres gemeinsamen Interesses ist das Überleben. Dies ist gemäß der Natur der Atomwaffen zu einem gemeinsamen Interesse geworden...

Fortsetzung von Seite 17

den, werden appetitlos, bekommen Fieber und verlieren schließlich in großen Büscheln das Haar. Nach ihrem Heimathafen Yaizu zurückgekehrt, kommen die Männer ins Krankenhaus. Die gefangenen Fische erweisen sich als radioaktiv verseucht, so daß der wirtschaftliche Ausfall auch groß ist. Die meisten Fischer genesen nach monatelanger Behandlung bis auf den Bordfunker, der stirbt. Wenn sie auch gebessert sind, so ist doch ihre Gesundheit dauernd gemindert durch Schädigung der Leber, der Samenzellen und des Knochenmarks. Fast alle können ihrem Beruf als Fischer nicht mehr nachkommen und müssen eine andere, leichtere Beschäftigung ergreifen.

Dieser ungeschminkte Bericht über das tragische Schicksal der 23 japanischen Fischer ist eine ernste Warnung für alle.

P. R.

Der andere sehr wesentliche Grund für eine Einigung beider Mächte sind die ungeheuren Summen, die von beiden für ihr gegenseitiges Wettrüsten ausgegeben werden müssen. Wenn der gegenwärtige politische Kurs anhält, wird diese Last von Jahr zu Jahr größer. Immer kostspieligere Waffen wird man erfinden, immer mehr Arbeitskräfte werden der Produktion der Verbrauchsgüter entzogen und der Produktion dieser Waffen zugeführt. In nicht sehr langer Zeit wird der Lebensstandard der Bevölkerungen auf beiden Seiten auf das Existenzminimum gesunken sein...

Die gegenwärtige Feindschaft zwischen Ost und West ist aber nicht nur im materiellen Sinn schädlich. Sie ist noch viel schädlicher im moralischen und ethischen Sinne. Von höchster englischer Regierungsstelle wurde mir erzählt, daß man, falls England in einen Atomkrieg verwickelt würde, keine ernsthaften Anstrengungen machen würde, die Zivilbevölkerung zu schützen, jedoch alles dafür einsetzen würde, um diejenigen, die aktiv an der Vernichtung Rußlands beteiligt wären, etwas länger am Leben erhalten zu können, damit sie noch in ihren letzten Augenblicken einige hundert Millionen Russen vernichteten. Diese letzten Überlebenden würden dann zwar mit dem Bewußtsein sterben, daß ihr eigenes Land nicht mehr existiere, hätten dafür jedoch den tröstlichen Gedanken einer vollzogenen Rache. Ich sage dies nicht, um eine besondere Kritik an der britischen Politik zu üben. Eine sehr ähnliche Politik wird auf beiden Seiten der feindlichen Machtblöcke betrieben. Selbst die Religion wird oft zur Unterstützung angerufen, und viele Menschen glauben aufrichtig, wenn auch irrtümlich, daß dies durch ethische Motive zu rechtfertigen sei. Die Mentalität, die einen solchen Standpunkt, so aufrichtig er auch immer sein mag, möglich macht, ist moralisch verwerflich und vergiftet jedes normale Denken und jedes gesunde Gefühl in allen, die sich von dieser Mentalität beherrschen lassen. Aus allen diesen Gründen machen es nicht nur ideelle Beweggründe, sondern die einfachsten Motive der Selbsterhaltung dringend notwendig, daß der Osten und der Westen nicht länger versuchen, ihre Differenzen durch Kriege oder Kriegsbedrohung auszutragen. Wenn Ost und West dies in gleicher Weise einsähen, erschiene es nicht länger unmöglich, andere Methoden zu finden, durch die Vereinbarungen bezüglich dieser Differenzen getroffen werden könnten. Bisher war dies so schwierig, weil auf beiden Seiten kein ernsthafter Wunsch danach bestand, es sei denn, irgendeine Seite trüge einen diplomatischen Sieg davon. Doch wenn von beiden Seiten eingesehen wird, daß es wichtiger ist, Übereinstimmungen zu erreichen, als diplomatische Siege zu gewinnen, wird man bald entdecken, daß die Schaffung eines von allen Seiten gerechtfertigten Abkommens halb so schwierig sein wird, als man bisher annahm.

Diejenigen, die sich meinen Standpunkt zu eigen machen, sollten aber

bedenken, daß es sich hier um eine zukünftige Art des politischen Denkens handelt, eines politischen Denkens, das nicht das Sonderinteresse des Westens oder das des Ostens im Auge hat.

Atomwaffen

Kein Zeichen nationaler Größe

27 namhafte französische Wissenschaftler und Gelehrte haben folgenden Appell an die Regierung und Öffentlichkeit ihres Landes gerichtet:

„Seit Hiroshima und Nagasaki hat die Gefahr eines Atomkrieges nicht aufgehört, die Menschheit zu bedrücken. In Frankreich und in allen Ländern der Erde entwickelt sich eine große Bewegung der Geister, um diese Gefahr aus der Welt zu schaffen. Den Appell von Stockholm, den der Weltfriedensrat vorgelegt hat, haben Millionen Menschen unterschrieben. Andere Gruppen haben sich in demselben Sinn ausgesprochen, und immer zahlreicher erheben Männer und Frauen der Wissenschaft ihre Stimme. Alle diese Bemühungen und manches andere erlauben es, den Abschluß eines internationalen Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche ins Auge zu fassen, und das um so mehr, als die Experten der Regierungen die Möglichkeiten einer wirklichen technischen Kontrolle einmütig anerkannt haben. Ein solches Abkommen wäre ein erster und wichtiger Schritt auf dem Wege zur Abrüstung auf dem Gebiet der Kernwaffen.“

Die Fortsetzung der atomaren Versuchsexplosionen ist aus zwei Gründen gefährlich: sie bedeutet einen wichtigen Faktor im Rüstungswetlauf und sie bringt ernste biologische Gefahren mit sich. Was diesen zweiten Punkt anbetrifft, so gibt es gewisse Unterschiede in der Bewertung seiner Wichtigkeit. Aber keiner der Experten bestreitet diese Verschiedenheit der Ansichten, und man kann mit Sicherheit sagen, daß jede Versuchsexplosion einer Kernwaffe einen Schlag gegen die Gesundheit und das Leben einer großen Zahl von Menschen bedeutet. In dem Maße, wie neue Untersuchungsergebnisse bekannt werden, wird offenbar, daß die Speicherung radioaktiver Stoffe, besonders von Strontium 90, im menschlichen Körper sehr viel schneller geht und ernster zu nehmen ist, als die ersten Schätzungen erwarten ließen.

Was das atomare Wettrüsten betrifft, so kann es nur die allgemeine Unsicherheit vergrößern. Die Menschheit kann nicht fortgesetzt am Rande der atomaren Katastrophe leben, die heraufbeschworen ein bloßer Irrtum genügt. Wir Franzosen können uns von deren Ausmaß eine Vorstellung machen, da ja zehn solcher Wasserstoffbomben ausreichen würden, alle unsere lebenswichtigen Zentren auszulöschen. Das gilt auch für alle anderen Länder von vergleichbarer Größe. Unter solchen Bedingungen stellt sich für die öffentliche Meinung Frankreichs die Frage der atomaren Bewaffnung unseres Landes. Unsere wissen-

Friedliche Koexistenz ist nötig

In Loccum auf der Evangelischen Akademie fand kürzlich ein Streitgespräch über Probleme der Atombewaffnung und des atomaren Krieges statt. Das Organ des DGB „Welt der Arbeit“ gab über die dort von drei Rednern gemachten Ausführungen in seiner Ausgabe vom 31. Juli folgenden Bericht:

● Der deutsche Raketenforscher Helmut Gröttrup von der TH Karlsruhe:

schaftliche Erfahrung verpflichtet uns, dazu Stellung zu nehmen. Jede Handlung, die dem Abschluß eines Übereinkommens zur Einstellung der Kernwaffenversuche zuwiderläuft, ist gefährlich. Auch die angekündigte Explosion einer französischen Atombombe würde eine solche Handlung sein. Denn zunächst einmal kann man feststellen, daß eine derartige Explosion notwendig den Weg für weitere Versuche eröffnen würde, während eines der entscheidenden Probleme für die Menschheit darin besteht, die Versuchsexplosionen einzustellen.

Es ist weder richtig noch weiterhin aufrechtzuerhalten, daß die bloße Tatsache, eine Atomwaffe zur Explosion gebracht zu haben, geeignet sei, einer Macht in den internationalen Verhandlungen eine unbestreitbare Autorität zu verleihen. Nur der Besitz eines beträchtlichen Arsenal von Atom- und Wasserstoffwaffen bedeutet eine militärische Macht von Gewicht. Ein solches Arsenal zu schaffen, hieße für unser Land, schwere Abhängigkeiten auf sich laden und unsere Wirtschaft vollständig der Wirtschaft fremder Länder unterordnen.

Wir sind besonders besorgt über die radioaktive Ausstrahlung in unserem Land. Wir sind deshalb der Meinung, daß es ein Fehler wäre, weiterhin Milliarden zu verschleudern und Hunderte oder Tausende von Forschern, Technikern und technischen Einrichtungen für die Herstellung einer eigenen Atombombe in Bewegung zu setzen. Wir denken, daß die wahre Größe Frankreichs auf wissenschaftlichem, technischem und kulturellem Feld gesucht werden sollte und nicht auf dem der Herstellung von Massenvernichtungswaffen.

Wir wenden uns an die Regierung der Republik, wir wenden uns an die öffentliche Meinung und fordern, daß Frankreich nichts unternimmt, was die Verhandlungen über die lebenswichtige Einstellung der Kernwaffenversuche stören könnte. Unser Land sollte vielmehr mit seinem ganzen Gewicht zur vollständigen atomaren Abrüstung durch kontrolliertes Verbot der Versuche, der Herstellung, der Lagerung und der Verwendung von Atomwaffen beitragen.

In den USA ist in diesem Jahre die Atlas-Rakete mit einem Atomkopf von 4 Megatonnen Sprengwirkung einsatzfähig (1 Megatonne = 1 Millionen Tonnen). 1960 dürfte die Titan-Rakete mit einem Atomsprengkopf von 7 Megatonnen Wirkung verwendungsfähig sein. Für beide Raketenarten sind 20 Abschlußbasen geplant, von denen elf im Bau oder fertig sind. Jede Basis hat neun Abschlußstellen, so daß insgesamt eine Atomraketen salva von 180 Schuß möglich ist. Jede Abschlußstelle kann nur einmal benutzt werden. Sie kostet mit Elektronik 80 Millionen Dollar; ein einziger Schuß kostet 10 Millionen Dollar. Als Drittes gibt es die kleinen „Minuteman-Raketen“ mit einem Atomkopf von einer Megatonne Wirkung. Sie dürften 1961 verwendungsfähig sein. Für „Minuteman“ werden 2600 Abschlußstellen, die weit über das Land verstreut sind, gebaut.

Keine wirksame Abwehr

Dieses System ist sehr starr. Es gleicht einer atomaren Maginotlinie. Man ist außerdem nicht sicher, ob viel von ihm übrigbleibt, wenn ein Gegner massiv angreift. Deswegen rüsten die USA jetzt radikal um. Zwei Programme sind in Vorbereitung: „Polaris“ und „ALBM“. Für „Polaris“ sind bereits 1,8 Millionen Dollar bewilligt. Es handelt sich dabei um Atomraketen, die von unter dem Eis operierenden Atom-U-Booten aus abgeschossen werden. Beim ALBM-Programm werden die Raketen von einem Flugzeug aus 20 km Höhe abgeworfen. Diese beiden neuen Programme erlauben eine beweglichere Strategie. Die Boote oder Flugzeuge können bereits bei einem Versuch eines feindlichen Angriffs in Marsch gesetzt und unter Umständen zurückgerufen werden. Das ist bei den Bodenraketen nicht möglich. Eine wirksame Abwehr gegen diese Raketen gibt es nicht.

● Der ehemalige deutsche General Frido von Senger und Etterlin:

Der durch die „Polaris“-Strategie geschaffene mögliche neue Kriegsschauplatz zwischen den USA und der UdSSR ist die Arktis. Aber es wird nicht beim Kampf dieser beiden „Skorpione in der Flasche“ bleiben. Die NATO-Länder, die bisher unter dem Schutz des USA-Schwertes standen und glaubten, ihre eigenen „Schilddrüsen“ schwachhalten zu können, werden sich selbst schützen müssen. Daher muß jedes Land dafür eintreten, daß seine Truppe die besten und modernsten Waffen erhält. Ich glaube nicht, daß auf den Angriff mit einer H-Bombe die Vergeltung mit einer gegnerischen H-Bombe kommt.

Begrenzte Kriege halte ich durchaus für möglich. Die Gefahr, daß die Militärs der Hafer sticht und sie aus dem ewigen Planspiel heraus wollen zu einem wirklichen Krieg, der die Lösung der Probleme bringen könnte, ist allerdings gegeben. Deswegen darf es keine Diskrepanz zwischen militärischer und politischer Führung geben. Zu allen Zeiten müssen die Politiker die Militärs kontrollieren. Daher muß der NATO-Rat neu organisiert werden. Eine kleine Gruppe, eine Delegation beim Rat als neues Organ muß den bestimmten Auftrag haben, die Militärs zu überwachen und in enger Verbindung mit den Regierungen entscheiden, ob und wie ein Gegenschlag ausgelöst werden soll, falls man angegriffen wird.

● Der britische Militärschriftsteller Commander Sir Stephen King-Hall:

„Die militärischen Streitkräfte sind heute nicht mehr in der Lage, die Zivilbevölkerung zu verteidigen. Sie hoffen, sich selbst verteidigen zu können.“ Mit diesem Bekenntnis eines hohen britischen Militärs wird die atomare Kriegführung ad absurdum geführt. Wenn es aber gegen den Atomkrieg keine Verteidigung gibt, kann die Folgerung nur heißen: Dann darf es eben zu keinem Atomkrieg kommen, auch zu keinem begrenzten, denn der ist militärischer Unsinn. Wer glaubt, daß nur H-Bomben die Russen aus Europa herauszuhalten, ist entweder ein Narr oder ein Kriegsverbrecher.

Was riskieren wir, wenn wir auf Atombomben verzichten? Schlimmstenfalls eine kommunistische Regierung. Gegen sie kann man sich aber in jeder Form verteidigen. Die Demokratie wird, wie die Entwicklung in Rußland und in einigen Satellitenstaaten lehrt, auf lange Sicht immer stärker sein. Die Beantwortung der Frage „Lieber rot oder tot? ist leicht: Solange man lebt, kann man kämpfen. Man muß nur mit den neuesten Waffen kämpfen, denen der psychologischen Verteidigung. Wir stehen vor der Entscheidung, ob die Demokratie mit Atomwaffen untergehen oder ohne Atomwaffen leben will.

Leukämie in acht Jahren verdoppelt

Die Zahl der Sterbefälle, für die als Todesursache die Leukämie angegeben wird, hat sich nach einer Untersuchung der in Frankfurt/Main erscheinenden „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ in der Bundesrepublik von 1948 bis 1956 mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum nahm die Bevölkerung des Bundesgebietes jedoch nur um acht Prozent zu. Während 1948 1356 Menschen an Leukämie starben, waren es 1956 schon 2716. Im allgemeinen erkranken mehr Männer als Frauen. Dies ist um so bemerkenswerter, als in der Bundesrepublik ein großer Frauenüberschuß herrscht, und steht überdies in deutlichem Gegensatz zu den Erfahrungen der angelsächsischen Länder, wo die Zahl der Leukämiefälle unter Männern

und Frauen etwa gleich hoch ist. Die Ursache der Leukämie ist noch immer ungeklärt. Nach Ansicht der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ können die Kernwaffenversuche an der hier beobachteten Entwicklung noch keinen Anteil haben, da H-Bomben-Explosionen, die zur Verseuchung der ganzen Erdatmosphäre führen, erst seit 1953 durchgeführt werden und es einige Jahre dauert, bis sich ihre Auswirkungen in Form von Krankheitsfällen zeigen. Es muß also damit gerechnet werden, daß sich infolge der bisherigen H-Bomben-Explosionen diese schreckliche Blutkrankheit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter ausbreitet.

Kurze Mitteilungen

Radioaktivität vervierfacht

Der Niederschlag radioaktiver Partikel aus den höheren Luftschichten hat sich in Skandinavien während der letzten Monate vervielfacht und dürfte einige Jahre lang noch zunehmen, selbst wenn keine neuen Atomexperimente ausgeführt werden. Infolgedessen hat sich die Bodenstrahlungsintensität, also die Zunahme durch neue Niederschläge minus Verringerung durch abklingende Radioaktivität bereits früher gefallener Partikel, seit Herbst 1958 vervierfacht. Schon heute ist die Radioaktivität von Regen und Schmelzwasser in Skandinavien nahe der als zulässig erachteten Grenze. Bei Lebensmitteln ist der Gehalt an Strontium 90 und Caesium 137 bereits auf 20 Prozent der höchstzulässigen Konzentration gestiegen.

Diese alarmierenden Tatsachen stehen in einem Bericht über eine Tagung von Strahlungsfachleuten aus Schweden, Norwegen und Dänemark, die am 4. und 5. Juni in Oslo stattgefunden hat. Mehr als einen Monat hat es gedauert, bevor sich die Fachleute über die Formulierung einig geworden sind. Sie betonen, daß der Bericht keine Panik hervorrufen soll, sondern eine Bereitschaftsmaßnahme darstelle, und sie sind übereingekommen, in Zukunft ihren Überwachungsdienst zu koordinieren und durch 25 neue Beobachtungsstationen zu verstärken.

Heute ist in Skandinavien, das stärker betroffen wird als die südlicher liegenden Gebiete, bereits ungefähr die gleiche Lage wie in Japan, und der Ausspruch eines Schweden, daß die Hausfrauen bald nur noch mit dem Geigerzähler ihre Lebensmittel werden einkaufen können, klingt schon nicht mehr so grotesk wie noch vor einem halben Jahr. Im Herbst wollen die Strahlungsfachleute Skandinaviens mit Lebensmittelexperten gemeinsam die bedrohliche Lage erneut beraten.

Fortsetzung von Seite 19

Das waren sehr unkonventionelle Sätze aus dem Munde eines Briten. Sie wurden gesprochen von einem Mann, der die militärische Entwicklung aus erster Hand kennt, der aber andererseits Macht und Stärke der Demokratie vermutlich überschätzt. Man sollte diese Meinung aber in Ruhe erwägen, denn King-Hall ist alles andere als ein Pazifist. Er glaubt lediglich daran, daß, bevor nur die Möglichkeit eines Krieges erörtert wird, jeder Versuch einer friedlichen Koexistenz gewahrt werden muß.

Demgegenüber steht die Meinung des Generals Senger, der sagt: „Ehe ich zulasse, daß meine Kinder atheistisch erzogen werden, wähle ich Tod statt Rot.“ Auf diese Frage „Rot oder Tod?“ spitzt sich alles immer wieder zu. Jeder ist aufgerufen, für sich selbst zu entscheiden, ob er mit der Bombe sterben oder ohne sie leben will.



Japanische Studenten kämpfen um ihr Demonstrationsrecht

US-Atomwissenschaftler gegen Atompakte

(dpa) Der Exekutivausschuß der „Vereinigung amerikanischer Wissenschaftler“ hat die Befürchtung geäußert, daß die zwischen den USA und ihren NATO-Verbündeten geschlossenen Atomwaffen-Verträge eine kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche gefährden und es unmöglich machen, die Zahl der Staaten mit Atomwaffen zu beschränken. Die USA haben derartige Verträge mit Frankreich, Kanada, der Bundesrepublik, den Niederlanden, Großbritannien, der Türkei und Griechenland geschlossen. Sie treten automatisch Anfang August in Kraft, wenn der Kongreß keinen Einspruch einlegt.

Die meisten Verträge sehen nicht nur die Ausbildung von Kernwaffen vor, sondern auch die Übergabe von Informationen und bestimmten Teilen der Waffen mit Ausnahme der Teile, die aus Kernmaterial gefertigt sind. In der Erklärung der Vereinigung, der 2200 Wissenschaftler angehören, wird vor allem der Vertrag mit der Bundesrepublik kritisiert. Es wird erklärt, der Vertrag könne ohne Zustimmung der Bundesrepublik nicht mehr beendet werden. „Diese Klausel gibt der Bundesrepublik eine gewisse Kontrolle über die amerikanische Diplomatie, wenn wir in der Zukunft wichtige Konzessionen der Sowjetunion im Austausch gegen die Zusicherung erlangen wollen, der Bundesrepublik keine Atomwaffen zu liefern.“

An die Wehrpflichtigen des Jahrgangs 1922

Die Kirchliche Bruderschaft in Hessen und Nassau wendet sich an Euch, die Ihr zu diesem Jahrgang gehört, mit der Bitte:

Überlegt Euch, was Ihr tut, wenn Ihr Euch ein zweites Mal zu den Waffen holen laßt! In jugendlichem Idealismus und in gutem Glauben seid Ihr damals hinausgezogen; in Frankreich, Rußland und Afrika mußtet Ihr erkennen, daß Ihr für eine schlechte und

sinnlose Sache mißbraucht wurdet und verheizt werden solltet.

Heute seid Ihr Männer, die durch eigene Erfahrung gelernt haben, daß man politische Fragen nicht durch Gewaltanwendung lösen kann. Jeder weiß, daß der nächste Krieg unser Vaterland in eine Wüste verwandelt. Wir bitten Euch darum: Prüft Euer Gewissen, laßt Euch nicht wieder von Propaganda umnebeln!

Unsere Verfassung gibt Euch die Möglichkeit, zum Wehrdienst „Nein“ zu sagen.

Wir evangelischen Pfarrer und Gemeindeglieder in der Kirchlichen Bruderschaft stellen uns zu denen, die den Wehrdienst verweigern. Wir rufen Euch auf, Friedensdienst zu leisten. Für die Kirchliche Bruderschaft in Hessen und Nassau:

Walter Dignath, Pfarrer
Herbert Mochalski,
Studentenpfarrer
Heinrich Treblin, Pfarrer
Gotthelf Schlotter, Bildhauer
Erich Roether, Graphiker

Wir veröffentlichen diesen Aufruf auf Bitte der Kirchlichen Bruderschaft, obwohl er sich mit der Atomrüstung nicht direkt befaßt. D. Red.

Bild auf Seite 9, 10 von Keystone-Bilderdienst

Seite 9, 13, 15 Photo Hoffmann, Ffm.

Herausgeber:
Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Anschrift: Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26
Postcheckkonto: Hamburg 25 66 70
Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Peter Meier, Münster i. W.; Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; H. Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg. Dr. Walter Domke, Hbg, Sekretär: Karl-Ludwig Opitz, Hamburg.
Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg.
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.